



Expertise der Herbert Quandt-Stiftung zum Interkulturellen Dialog in der Gesellschaft und den Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien

Von Monika Bremer/Dr. Roland Löffler

Bad Homburg/Berlin, 14. März 2016

Ausgangspunkt und Auftrag

Mit Beschluss vom 19.11.2015 hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien die Herbert Quandt-Stiftung beauftragt, sie zu Fragen des Interkulturellen Dialogs im 1. Halbjahr 2016 zu beraten. Die Herbert Quandt-Stiftung (HQS) berät die Regierung der DG unabhängig und unentgeltlich im Rahmen der Verwirklichung ihres Stiftungszwecks. Sie erhält lediglich die Reisekosten erstattet.

Der Auftrag wurde nach gegenseitigen Absprachen beider Partner eingegrenzt auf die Handlungsfelder der Bildung, des gesellschaftlichen interkulturellen Dialogs und auf Fragen der Interreligiosität. Mit Hilfe eines interkulturellen und interreligiösen Dialogs soll ein Austausch zwischen allen in der DG lebenden Menschen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen befördert werden, der dazu hilft, das Zusammenleben und das Miteinander besser zu gestalten, Vorurteilen vorzubeugen und Vorbehalte abzubauen. Die anwachsende Zahl von Flüchtlingen in der DG – mit 1000 Menschen überproportional viele im Vergleich zu anderen belgischen Gliedstaaten – sorgt in Teilen der DG-Bevölkerung für Unruhe, erfordert aber auch konkrete Maßnahmen in Schule, Kindergarten und der weiteren Gesellschaft. Dass es Vorurteile gibt, zeigt eine Umfrage von Forsa vom 29.10.2014. Gleichzeitig gab es zahlreiche negative regionale Blogeinträge (Hate Speech) im Internet. Die Regierung will gegenüber diesen fremdenfeindlichen Haltungen und Meinungen nicht einfach passiv bleiben, sondern aktiv Prävention betreiben. Die Regierung der DG hat eine regierungsinterne Steuergruppe „Interkultureller Dialog“ einberufen, die alle Fragen des Interkulturellen Dialogs in der DG koordiniert und als Ansprechpartner der Herbert Quandt-Stiftung dient. Durch die Einsetzung einer Steuergruppe will die Regierung den



themenspezifischen Austausch sowie eine konzertierte und kohärente Vorgehensweise zum Thema interkultureller Dialog befördern. Diese Steuerungsgruppe besteht aus Daniel Hilligsmann, Berater des Ministerpräsidenten und Vorsitzender der Steuergruppe, Dr. Sandrine Bindels, Beraterin von Minister Mollers, Guido Thomé, Berater von Vize-Ministerpräsidentin Weykmans und Frederik Thelen, Berater von Minister Antoniadis. Auch Nina Reip, Forschungsbeauftragte für politische Bildung an der Autonomen Hochschule in Eupen, wurde als Expertin einbezogen.

In Verbindung mit der Steuerungsgruppe in der DG fanden zwei intensive Studientage am 12.1.2016 und 15./16.2.2016 in Eupen statt, bei denen die Herbert Quandt-Stiftung mit Ministerpräsident Oliver Paasch und Bildungsminister Harald Mollers sowie mit zahlreichen Experten aus Schule, Fortbildungseinrichtungen, Autonomer Hochschule, Schulschöffen und Religionsvertretern zusammentraf. Sie lernte den Stand der Entwicklungen zum Umgang mit Interkulturalität in der DG kennen. Zudem vertiefte sich die Herbert Quandt-Stiftung in die Konzepte des RESI, des Zentrums für Förderpädagogik, der Ausbildung an der Autonomen Hochschule, führte Gespräche mit dem Sozialminister, wertete Pressestimmen sowie andere relevante amtliche Dokumente der DG aus.

Die Herbert Quandt-Stiftung gründete bereits im Jahre 1996 das Themenfeld „Trialog der Kulturen“, um den Dialog zwischen Judentum, Christentum und Islam zu fördern. In den vergangenen zwei Dekaden hat die Stiftung neben ihren Trialog-Jahreskonferenzen samt Publikationen vor allem praktische Formate zur Verständigung zwischen Kulturen und Religionen entwickelt – wie den „Trialog der Kulturen“-Schulwettbewerb, die Lehrerfortbildungen bündelnde „Trialog-Akademie“, ein Stipendienprogramm für junge Journalisten aus Deutschland, Israel und Palästina, Bücher, Konferenzen, Gesprächsrunden zum Moscheebaustreit und interreligiösen Räumen in Deutschland.

In zehn Runden nahmen von 2005 bis 2015 rund 150 Schulen mit über 35.000 Schülern verschiedener Bundesländer am Trialog-Schulwettbewerb teil. Dabei entstanden beispielhafte Jahresprojekte für ein besseres Miteinander, die nicht selten weit über die Schulen hinaus wirkten. Die Ergebnisse der innovativen schulischen Arbeit haben unter anderem in zahlreiche Publikationen sowie in ein trialogisches Kinder-Funkkolleg des Hessischen Rundfunks Eingang gefunden.



Die Deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien steht politisch am Anfang einer Auseinandersetzung mit interkulturellen und interreligiösen Fragen einer sich auch auf ihrem Territorium langsam, aber stetig wandelnden Gesellschaft. Diversität und die Integration von Zuwanderern sind europaweit ein „Mega-Thema“ unserer Zeit und werden es noch lange bleiben. Grundsätzlich besitzt die DG aufgrund ihrer Geschichte, ihrer Lage, ihrer zahlreichen und strategisch geschickten politischen Vernetzungen in europäische Verbände ein hohes interkulturelles Potential. Sie liegt an der Schnittstelle zwischen germano- und frankophoner Kultur, bemüht sich um die Wahrung und Weiterentwicklung einer eigenen kulturellen Identität in Belgien und nahe zu Deutschland, versteht sich innerbelgisch als aktive Brücke zwischen der wallonischen und flämischen Gemeinschaft und besitzt einen guten Kontakt zu den Niederlanden, Luxemburg und Frankreich. Dies zeigt sich etwa durch die aktive Mitgliedschaft in der Großregion Saar-Lor-Lux oder Euregio Maas-Rhein.

Nach ihrem Selbstverständnis gehören die „Grenzkultur“ sowie die Chancen und Möglichkeiten eines „Grenzenlosen Lernens“, die institutionelle Eigenständigkeit, die internationale Kontaktpflege und die interkulturelle Vielfalt zu den Alleinstellungsmerkmalen der DG.¹ Die im alltäglichen Verkehr erlebbare Mehrsprachigkeit der Bürgerinnen und Bürger sowie ihre interkulturelle Kompetenz werden als Standortvorteil für internationale Unternehmen aktiv beworben.² Damit wird eine Kompetenz der Bevölkerung der DG benannt, die bemerkenswert ist und einen Ansatzpunkt für zukünftige Entwicklungen bilden kann. Zugleich gilt es aber kritisch zu bedenken, ob die Fähigkeiten, sich in einer „christlich-abendländischen“ europäischen Nachbarschaft sicher zu bewegen, die gleichen sind, die für den Umgang mit Menschen aus dem Nahen Osten, Nordafrika, der Türkei, Osteuropa oder Tschetschenien gebraucht werden.

Unsere Expertise richtet den Fokus zunächst auf die Mehrheitsgesellschaft und auf Veränderungen in der Haltung sowie der Herangehensweise von Politik, Gesellschaft, Schule im Bereich Integration und Interkulturalität. Der Herbert Quandt-Stiftung ist wohl bewusst, dass in der Zuwanderungssituation und in der interkulturellen Auseinandersetzung mit dem Aufnahmeland auch und gerade von Migranten eine besondere Anpassungsleistung und damit auch eine hohe interkulturelle Kompetenz erwartet wird. Eine solche Konstellation ist nicht

¹ Vgl. „DG – Ostbelgien leben 2025. Band 3, Eupen 2011, 26

² Ebd., 9.



einfach und kann zu Konflikten führen, die offen besprochen und gelöst werden müssen. Diese Expertise richtet sich jedoch weniger an die Migranten. Ihr geht es vor allem um Überlegungen, wie die Regierung der DG, wie öffentliche Stellen, die Schulen und die Zivilgesellschaft auf die interkulturellen Gegenwarts- und Zukunftsfragen vorbereitet werden können.

Im folgenden 1. Teil wird zunächst begrifflich geklärt, worum es in einem interkulturellen oder interreligiösen Dialog in Gesellschaft und vor allem in der Schule gehen kann, dann werden die Ergebnisse der bisherigen Recherchen gebündelt, ehe in einem letzten Schritt Handlungsempfehlungen skizziert werden. Teil 2 dieses Papiers widmet sich ausschließlich dem Bildungsbereich und kommt damit dem Auftrag der DG-Regierung nach, konzeptionelle Empfehlungen zur interkulturellen und interreligiösen Kompetenzstärkung in der schulischen Praxis der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu geben.



1. Teil: Definitionen, Bestandsaufnahmen und allgemeine Handlungsempfehlungen

1. Definition des interkulturellen und interreligiösen Dialogs sowie von erfolgreicher Integration

Interkulturalität und Interreligiosität sind keine abschließend fixierten Begriffe. Die Auseinandersetzung mit kultureller Differenz, mit Fremdheit und dem Fremden ist Kernaufgabe jeder interkulturellen Kommunikation.³ Umstritten ist, ob „Interkulturalisten“ die kulturellen Differenzen nur beschreiben – oder ob sie auch darauf abzielen, die Welt „besser zu machen“, also zu einer höheren Wertschätzung von kultureller Andersartigkeit, von kultureller Vielfalt und Diversität zu gelangen – mit allen politischen Implikationen die mit einer Aufwertung des Anderen dann zusammenhängen.

Kultur kann als ein „Bedeutungsgewebe“ verstanden werden, als ein Konstrukt von Symbolen und Zeichen, aus denen Bedeutungszusammenhänge geschlossen werden können.⁴ Interkulturelle Kommunikation geht dann davon aus, dass Menschen in einer bestimmten Kultur leben und von ihr geprägt werden. Diese Prägungen, Standards, Regeln haben Auswirkungen auf das Verhalten von Individuen und Gruppen. Durch die Kenntnis handlungsleitender Standards und Prägungen lässt sich also mit einer höheren Wahrscheinlichkeit klären, warum es in interkulturellen Kommunikationssituationen zu Problemen und Missverständnissen kommen kann und wie alternative Lösungsmodelle aussehen mögen.

Die „Platform for Intercultural Europe“⁵ versteht den interkulturellen Dialog als „eine Reihe von konkreten Begegnungen, verankert in realem Raum und realer Zeit zwischen Einzelpersonen und/oder Gruppen mit unterschiedlichem ethnischen, kulturellem, religiösem und sprachlichem Hintergrund und kulturellem Erbe.“ Wer den interkulturellen Dialog ethisch und politisch positiv fasst, will mit ihm „Verständnis, Bewusstsein, Einfühlungsvermögen

³ Vgl. Alois Moosmüller, „Interkulturelle Kommunikation aus ethnologischer Sicht“, in: Ders. (Hrsg.): Interkulturelle Kommunikation. Konturen einer wissenschaftlichen Disziplin. Münster 2006, 13-49.

⁴ Vgl. Clifford Geertz, Dichte Beschreibung: Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt am Main 2002.

⁵ Vgl. <http://www.intercultural-europe.org/site/content/page/developing-understanding-concepts-behind-intercultural-dialogue-and-action?language=de>



und Respekt“ erproben und gesellschaftlich steigern, “eine kooperative und positiv gestimmte Umgebung“ schaffen, „um politische und soziale Spannungen zu überwinden“. ⁶ Deshalb ist es wichtig, den interkulturellen Dialog als Prozess zu verstehen, der viel Geduld braucht, regelmäßig wiederkehrende Aktivitäten, Konstellationen, Erlebnisse, Dienstleistungen, weil nur so gegenseitiges Vertrauen, Wissen und Empathie wachsen können. ⁷

Es empfiehlt sich deshalb den interkulturellen Dialog sehr konkret, handlungs- und ergebnisorientiert auszurichten, wenn man gesellschaftliche oder politische Veränderungen vorantreiben möchte a) hin zu einer wertschätzenden Haltung von Diversity und der Komplexität von Identitäten, b) hin zu einer demokratischeren, egalitäreren, inklusiveren Gesellschaft, c) in den Strukturen von privaten und öffentlichen Organisationen und Verwaltungen, d) auf allen politischen Ebene, angefangen von der EU über die Gliedstaaten bis zu den regionalen und kommunalen Größen, um die Standards und Rahmenbedingungen zu verändern, die bisher Exklusion, Ungleichheit und die Verletzung der Menschenrechte im Blick auf kulturelle Vielfalt hervorbrachten.

In der aktuellen Debatte über Sinn und Zweck des interreligiösen Dialogs zeigen sich durchaus verwandte Überlegungen. Inhaltlich-normativ ist die Debatte etwas anders gelagert, weil jede Religion natürlich auch im Dialog mit der anderen ihre letztgültigen Wahrheiten nie aufgeben wird. In einem multi-kulturellen und multi-religiösen Europa, in dem bereits Menschen unterschiedlicher kultureller und religiöser Prägungen zusammenleben, gehört - trotz des Säkularisierungsprozesses⁸ - interreligiöse Kompetenz ohne Zweifel zu den „Schlüsselqualifikationen“ für die gesellschaftlichen Entwicklungen der Gegenwart und der Zukunft.⁹ Wie aber lassen sich derartige Kompetenzen in der Begegnung mit dem „Fremden“ und „dem Anderen“ überhaupt definieren?

Für den Heidelberger evangelischen Theologen und Vordenker des interkulturellen Dialoges, Theo Sundermeier, ist es wichtig, dass in der Begegnung mit dem Fremden das kulturell und religiös Trennende nicht aufgehoben oder aufgelöst werde, sondern als

⁶ Vgl. The Rainbow Paper. From Practice to Policy and Back, hg. von Sabine Frank, ohne Ort 2008. Vgl. URL: <https://www.intercultural-europe.org/site/rainbow/paper>

⁷ Ähnlich Naika Foroutan, „Kulturdialoge in der politischen Anwendung“, in: APuZ 2006, abrufen unter: <http://bpb.de/apuz/29641/kulturdialoge-in-der-politischen-anwendung>.

⁸ Vgl. Christian Peters/Roland Löffler (Hg.), Der Westen und seine Religionen. Was kommt nach der Säkularisierung? Freiburg 2010.

⁹ Vgl. <https://www.berliner-missionswerk.de/interreligioeser-dialog.html>.



Unterscheidungsmerkmal erhalten bleibe. Nur so werde das Fremde zum Mitkonstituenten der Identität des Dialogpartners.¹⁰ Interreligiöser Dialog ist also für Sundermeier ein kommunikativer Prozess, in dem „das Andere“ in seiner Andersartigkeit bestehen und anerkannt bleibt, aber zu verstehen versucht wird. Diesen Prozess beschreibt Sundermeier als „Konvivenz“: „Das macht das Besondere der nachbarschaftlichen Konvivenz aus, dass diese Spannung von Gegebenem und Gewähltem im Zusammenleben mit dem Fremden unausweichlich ist. Darum sollte man den Umgang mit dem Fremden üben.“¹¹

Methodische Voraussetzungen für einen interreligiösen Dialog sind eine eigene religiöse Identität, ein Mindestmaß an religiöser Bildung über die eigene und die fremden Religion, Offenheit, Neugierde, Respekt und Kompromissbereitschaft bei gleichzeitiger Stabilität in der eigenen Glaubensüberzeugung.

Der interkulturelle und der interreligiöse Dialog sind zwar in sich selbst sinnvoll. In Gesellschaften mit einer großen Zahl von Migranten und einer gegenwärtig anwachsenden Gruppe an Flüchtlingen – wie in Belgien oder Deutschland – erfüllen diese Dialoge aber auch eine soziale oder gar politische Funktion, um Vertrauen zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaften zu erzeugen, damit sozialintegrativ zu wirken, ja Sozialkapital zu bilden – oder auch um Konflikte zu regulieren.¹² Konfliktreduzierung oder -regulierung trägt zum Sozialkapital – also das durch Vernetzung und menschlichen Einsatz für Anerkennung vorhandene positive gesellschaftliche Potential – bei. Auf diese Weise lassen sich weil sie dazu beitragen, „soziale Interaktionsprobleme lösen und Erträge sozialer Kooperation dauerhaft stabilisieren.“¹³ Der interkulturelle Dialog fördert also Sozialkapital und leistet auf diese Weise auch einen Beitrag zur Integration. Das komplexe Geschehen der Integration ist als Prozess und als normativer Zielhorizont zu verstehen, in dem „zugewanderte Menschen und/oder ihre Nachkommen die volle gesellschaftliche Mitgliedschaft erworben haben und [...] ihre Herkunft für die Strukturierung sozialer Beziehungen und den Erwerb und die

¹⁰ Vgl. Theo Sundermeier, *Den Fremden verstehen. Eine praktische Hermeneutik*, Göttingen 1996, 133-136.

¹¹ Ebd., 192.

¹² Vgl. nochmals Foroutan, *Kulturdialoge in der politischen Anwendung*. Vgl. auch dies., *Kulturdialoge zwischen dem Westen und der islamischen Welt. Eine Strategie zur Regulierung von Zivilisationskonflikten*, Wiesbaden 2004. Ähnlich RESI (Hg.), *Migration und Integration in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Vorschlag für ein Konzept*, Eupen 2014.

¹³ „Das soziale Kapital. Ein Baustein im Kampf gegen Armut von Gesellschaften“. Herausgegeben von der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2000, 13.



Zuweisung gesellschaftlicher Positionen irrelevant geworden ist.“¹⁴ Umstritten ist, wie sehr Assimilation im Integrationsprozess eine Rolle spielt. Der Bamberger Soziologe Friedrich Heckmann sieht in der Assimilation weniger eine Unterdrückung kultureller Merkmale und Zugehörigkeiten als „die Verringerung sozial relevanter Merkmalsunterschiede zwischen Gruppen“.¹⁵ Zweifelsfrei zielt Integration auf ein konfliktfreies oder konfliktarmes Miteinander in der Gesellschaft, auf den Umgang mit und den Ausgleich von sozialen Ungleichheiten in der Gesellschaft und auf das Wachsen an Vertrauen in politische Institutionen und den Rechtsstaat.¹⁶ Insofern bietet der interkulturelle und der interreligiöse Dialog bzw. Trialog – gerade auf lokaler Ebene – ein integratives, Sozialkapital bildendes Potential¹⁷: Die Teilnehmer dieses Dialogs bewegen sich vom Neben- oder gar Gegeneinander auf ein Miteinander hin; sie suchen nach gemeinsamen Schnittstellen ohne Konflikte auszuklammern; sie bewahren ihre kulturelle oder religiöse Identität, erklären diese aber und bringen ihre Erfahrungen und Überzeugungen in ein gemeinsames Gespräch ein. Wird der Dialog auf die konkrete Veränderungen von Lebensverhältnissen ausgerichtet, werden sozialkapitalbildende, integrative Ressourcen von Religion und Kultur gehoben – und Zugehörigkeiten nicht als Reduktions- und Ausschlusskriterien wahrgenommen. Daraus folgt allerdings, dass man den interkulturellen bzw. den interreligiösen Dialog auch politisch in das weite Feld der Integrationspolitik und somit als Querschnittsaufgabe einbetten muss. Nur dann kann er gesellschaftspolitisch fruchtbar gemacht werden. Hingegen scheint gerade ein interreligiöser Dialog, der allein aus Gründen der Innen- und Sicherheitspolitik geführt, zu sehr mit Momenten des Verdachts gegenüber einer bestimmten Religionsgemeinschaft, aktuell der des Islam, aufgeladen sein, um wirklich als vertrauensbildende Maßnahme gelten zu können.

¹⁴ Friedrich Heckmann, *Integration von Migranten. Einwanderung und neue Nationenbildung*, Wiesbaden 2015, 78.

¹⁵ Ebd., 77.

¹⁶ Vgl. Eva-Maria Hinterhuber, *Abrahamischer Trialog und Zivilgesellschaft. Eine Untersuchung zum sozialintegrativen Potenzial des Dialogs zwischen Juden, Christen und Muslimen*, Stuttgart 2009, 16f. sowie Jürgen Fijalkowski, „Zur Funktion ethnischer Vereinigungen. Die Resonanz ethnischer Vereinigungen mit Integrations- und Segregationszielen: Reflexionen zur Hypothesenbildung“, in: Ansgar Klein/Kristine Kern/Brigitte Geißel/Maria Berger (Hg.), *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration*, Wiesbaden 2004, 193-210.

¹⁷ Hinterhuber, *Abrahamischer Trialog und Zivilgesellschaft*, 184-194.



An diesen Einsichten schließt auch das Verständnis der Herbert Quandt-Stiftung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs an, der als sozialkapitalstiftende, bewusst initiierte, kommunikative, langfristig angelegte, auf Veränderung zielende Begegnung zwischen Menschen im mehrschichtigen Integrationsprozess zu verstehen und dezidiert handlungsorientiert ausgerichtet ist. Wir sehen den interkulturellen Dialog bzw. Dialog als den größeren Rahmen, in dessen Kontext auch der interreligiöse Dialog bzw. Dialog seinen Raum findet. Beide Ebenen sind interaktiv miteinander verbunden, ergänzen und erklären sich wechselseitig.

Nach unserem Verständnis befähigen interkulturelle Kompetenzen dazu, sich anderen Kulturen, Religionen, Menschen gegenüber angemessen zu verhalten, in Situationen, die auf den ersten Blick nicht plausibel erscheinen, handlungsfähig zu sein, Empathiefähigkeit, Ambiguitätstoleranz, ein sensibles Kommunikationsverhalten und Konfliktfähigkeit zu entwickeln. Diese interkulturellen und damit auch verbundenen interreligiösen Kompetenzen sollten als politische Zielvorgabe auch in der DG Eingang in Schule, Hochschule, Weiterbildung, Gesundheitswesen finden, aber auch in die Weiterbildung der Mitarbeitenden auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung inklusive des Ministeriums der DG und der Regierung sowie auf freiwilliger Basis auch für die Gesellschaft der DG als Ganzes.

2. Bestandsaufnahmen

Nach Abschluss unserer Gesprächsrunden und der Sichtung der schriftlichen Dokumente ergibt sich insgesamt ein positives Bild des aktuellen Sachstands zum interkulturellen Dialog in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien. Um das Ergebnis der Bestandsaufnahme bereits hier vorwegzunehmen: In der DG hat es im Laufe der letzten Jahre eine bemerkenswerte, von einer hohen Sachkenntnis gekennzeichnete Durchdringung des Themas gegeben, die darauf schließen lässt, dass es a) ausreichende Kompetenz in der DG zum Thema gibt und b) bereits Netzwerke bestehen, verschiedene Fachleute aktiv sind, die die Regierung bei der weiteren Vertiefung des Themas unbedingt einbinden sollte, um ihre Expertise zu nutzen. Es erscheint deshalb mehr als wahrscheinlich, dass die DG in einem hohen Maße aus eigener Kraft einen interkulturellen Dialog erfolgreich initiieren kann. Es



bedarf vor allem organisationstheoretischer und politischer Entscheidungen, um den eingeschlagenen Weg sinnvoll weitergehen zu können.

Folgende Ansatzpunkte sind zu nennen:

1.) **Integrationskonzept des RESI**

Die Arbeitsgruppe „Integration“ des „Rats für Entwicklungszusammenarbeit, Solidarität und Integration“ (RESI) hat der Regierung im März 2014 das Papier „Migration und Integration in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Vorschlag für ein Konzept“¹⁸ vorgelegt. In diesem Konzeptpapier wirbt der RESI für eine interkulturelle Öffnung der gesamten Gesellschaft, besonders der staatlichen Institutionen und der dazugehörigen Ämter und Dienststellen. Integration wird als Querschnittsaufgabe definiert. Sieben Handlungsfelder und vier zentrale Handlungsempfehlungen werden genannt. Das Papier setzt sich neben dem Einsatz klassischer Integrationsinstrumente besonders für eine bisher fehlende gesetzliche Regelung der Integration ein samt finanziellen Fördermöglichkeiten sowie für den Aufbau einer Koordinierungsstelle, die als Integrationsagentur bezeichnet wird.. Diese Integrationsagentur solle Konzepte für eine vernetzte Angebotsstruktur und für Informationsmanagement vorlegen, während die Umsetzung der Konzepte und deren Qualitätsmanagement bei den zuständigen Behörden liege.¹⁹ Dieses Konzept ist in die Arbeit der Regierung zum „Integrationsparcour“ eingeflossen. Das RESI-Papier sieht sich als Ergänzung des Regionalen Entwicklungskonzepts und der familienpolitischen Gesamtkonzeption der DG. Die vorzügliche Expertise des RESI-Papiers kann als Grundlage aller weiteren Überlegungen sowohl zum Thema Integration als auch interkultureller Dialog verstanden werden, da diese Dimension von Integration intensiv bedacht wird. Da Integration ein Prozess sei, bei dem sich Mehrheit und Minderheit aufeinander zubewegen sollten, müsste sich die Aufnahmegesellschaft (neben zahlreichen anderen Maßnahmen) zu einer „interkulturellen Öffnung“ von Ämtern, Dienststellen und Einrichtungen

¹⁸ http://www.dglive.be/PortalData/2/Resources/downloads/rek/Anlage_Konzept_Integration_RESI.pdf

¹⁹ Ebd., 19.



bekennen, sowohl, was den Umgang der Bürger mit den Fremden angehe als auch hinsichtlich der Qualifizierung der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst.²⁰ Für die Zuwanderer schlägt der RESI, differenziert nach individuellen Bedarfen und Aufenthaltsstatus, sowohl ein flächendeckendes Angebot an Sprachförderung als auch an Orientierungskursen vor, was natürlich mit der Bereitstellung entsprechender finanziellen Ressourcen einhergehen muss. Das RESI-Konzept fordert mit Blick auf die Schulen und Kindertagesstätten eine verbindliche interkulturelle Qualifizierung der Lehrer und Erzieherinnen in der akademischen Ausbildung und in der Weiterbildung. Da das gesamte Bildungssystem auf „die reale Einwanderungssituation von den spezifischen Bedarf von Migrantinnen“ auszurichten sei, müsse auch auf die Elternarbeit ein stärkerer Akzent gelegt werden.²¹ Auf Seiten der Eltern gäbe es große interkulturelle Hemmungen, was sich an deren Fernbleiben von Elternabend etc. zeige.

Auch für den Bereich der Gesundheitsversorgung sieht das RESI-Konzept unmittelbaren Handlungsbedarf für die Fortbildung des medizinischen Personals im Bereich Interkulturalität und Interreligiosität, gerade weil bereits ein Netzwerk kultursensibler Ärzte und Therapeuten existiere.²² Insbesondere im Bereich des Case-Managements in der Schwangeren- und Familienbetreuung sowie in den ärztlichen Notaufnahmen seien Fortbildungen zu religiösen und kulturellen Vorstellungen zu Krankheit und Gesundheit dringend geboten.²³

Weiter warb der RESI-Report dafür, Migrantinnenvereine stärker als bisher als Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements, das auch sozialkapitalbildend wirkt, zu verstehen. Es gäbe zwar in der DG bisher „keine systematische Sichtung aller interkulturellen Aktivitäten und Organisationen“, eine gewisse Zahl an organisierten Migrantengruppen sei jedoch bekannt, vor allem im Norden der DG.²⁴ Sie seien besonders in den Bereichen Sport, Kultur und Religion aktiv. Die Interaktion mit etablierten Vereinen und Gruppen in der DG sei noch marginal,

²⁰ Ebd., 8f.

²¹ Ebd., 21.

²² Ebd., 26ff.

²³ Ebd., 27.

²⁴ Ebd., 32.



also ausbaufähig. Die Integration von Migranten über Vereine schafften bisher fast nur die Sportvereine. Auffällig sei, dass kaum Migranten leitende Positionen im Ehrenamt einnahmen. Zudem gäbe es keine organisierte Migrantenvertretung in der DG und keine organisierten interkulturellen Dialoge. Diese sollten vor allem kommunal organisiert werden, etwa in Form „Runder Tische“, so das RESI-Papier.²⁵ Um diese Dialog attraktiv zu machen, bedürfe es einer „aufsuchenden Kommunikation, der direkten Ansprache der Vereine, des Einbezugs bereits integrativ wirkender Institutionen (wie Info Integration des Roten Kreuzes) und einer guten Moderation.“²⁶ Allerdings nannte das Papier auch positive Beispiele wie gemeinsame Feste, die Hausaufgabenschulen, die Frauenerzählcafés, Patenschaftsprogramme und Eltern-Kind-Treffs, wo der interkulturelle Dialog bereits gut funktioniere. Die Entwicklung kommunaler Integrations- und Dialogkonzepte sowie die Einrichtung von kommunalen Anlaufstellen für Integration erschien dem RESI eine zentrale Aufgabe für eine gelingende Integrationspolitik.²⁷ Außerdem solle ein „Netzwerk Integration“ gegründet werden, in dem alle relevanten Gruppen, Dienstleister und Behörde sich austauschen könnten.

Schließlich empfahl das RESI-Konzept ein breites Informationsangebot im Bereich der unterschiedlichen Handlungsfelder der Integration, damit Zuwanderer über ihre Rechte und Pflichten, die Gesetze und Spielregeln der belgischen Gesellschaft schnell und umfassend in Kenntnis gesetzt werden.

Die Aufgabe des regierungsseitig eingesetzten RESI endet im April 2016. Die Präsidentin des RESI, Gisela Wahle, empfahl im Gespräch, den RESI in einen Integrationsrat zu verwandeln, in dem wie in einem Netzwerk alle relevanten Organisationen inklusive der Migrantenvereinigungen mitarbeiten sollten. Frau Wahle sieht noch viel Arbeit auf die DG zukommen, da in der Bevölkerung Themen wie Zuwanderung, Integration, Interkulturalität, Interreligiosität nicht stark verankert seien und sich nur schwerfällig eine Debatte darüber entwickle.

²⁵ Ebd., 32.

²⁶ Ebd., 33f.

²⁷ Ebd., 36.



Sie warb für die Errichtung interkultureller Dialogforen auf kommunaler Ebene und für eine intensive, integrative Kooperation mit Migrantenvereinen, die wiederum die Migranten selbst ansprechen und mobilisieren müssten..

2.) Regionales Entwicklungskonzept

Das Konzept des RESI ist direkt in das Kapitel „Solidarregion DG“, Abschnitt „Zukunftsprojekt Miteinander stark“ des 4. Bandes des Regionalen Entwicklungskonzepts eingegangen.²⁸ Dort heißt es allerdings auch: „Ausgehend von diesem Vorschlag gilt es nun, in enger Konzertierung und unter Einbeziehung der Bevölkerung eine Integrationsvision und Umsetzungsmaßnahmen zu erarbeiten, die in den kommenden Jahren zu einer besseren gesellschaftlichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der DG führen.“²⁹ Die Idee der „Integrationsagentur“ wird im Regionalen Entwicklungskonzept Band 4 als „Referenzzentrum“ zur Beratung und Unterstützung von Migranten bezeichnet. Es soll auch der Vernetzung der Akteure dienen, die Öffentlichkeit informieren und sensibilisieren, den politischen Entscheidungsträgern zur Seite stehen und mit kommunalen Stellen kooperieren. Politisches Ziel der Integration sei ein „möglichst konfliktfreies Miteinander“ in der Gesellschaft.³⁰ In der DG fehle bisher ein ganzheitliches und abgestimmtes Konzept zur Integration. Wenn dieses Gesamtkonzept steht, soll dessen Wirkung mit Hilfe von „Integrationsindikatoren“ im Sinne des „Wiener Integrationsfonds“ (WIS) gemessen werden. Dabei geht es zunächst nicht darum, welche Beiträge die Zuwanderer, sondern welche Leistungen das Aufnahmeland erbracht habe. Dies sind valide Ansätze. Es fällt aber auf, dass Ausführungen zu Interkulturalität und Interreligiosität – als Ressource im Integrationsprozess, möglicherweise auch als Differenzerlebnis – im Regionalen Entwicklungskonzept fehlen.

²⁸ Vgl. „DG – Ostbelgien leben 2025. Regionales Entwicklungskonzept der deutschsprachigen Gemeinschaft Band 4“, Eupen 2015, S.246-254.

²⁹ Ebd., 24.

³⁰ Ebd., 250.



3.) **AG Integrationsparcours des Sozialministers – „Eingliederungsparcours“ in der DG**

Um die Empfehlung des Regionalen Entwicklungskonzepts Band 4 umzusetzen, berief der Sozialminister der DG, Antonios Antoniadis, eine Arbeitsgruppe ein, die einen „Integrationsparcours“ zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund nach flämischen Vorbild zu entwickeln hat.³¹ Es ist anzunehmen, dass in diesem Zusammenhang auch Fragen der Interkulturalität Bedeutung gewinnen. Diese Arbeitsgruppe und die Entwicklung eines „Eingliederungsparcours“ scheint die Konsequenz aus der Bestandsaufnahme des dritten Bandes des Regionalen Entwicklungsplans gewesen zu sein, in dem 2011 das Fehlen eines Konzeptes für den Umgang mit Zuwanderern konstatiert wurde³². Der Integrationsbegriff des dritten Bandes des Regionalen Entwicklungskonzepts bezieht sich nämlich weitgehend auf die Integration von Behinderten, sozialen Schwachen und Arbeitslosen in die Gesellschaft.

4.) **Info-Asyl bzw. Info Integration**

Getragen vom belgischen Roten Kreuz und finanziert von der Regierung der DG hat sich mit „Info Asyl“ bzw. „Info Integration“ seit 2002 eine Beratungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund sowie für Asylanten und Flüchtlinge (Asylbüro) etabliert, die mit ihrer Erfahrung und Kompetenz wahrscheinlich nicht mehr aus dem sozialen Serviceangebot der DG wegzudenken wäre.³³ Dieses Büro beriet zunächst Asylanten bei allen Fragen des Aufenthaltsrecht, der Wohnungs- und Arbeitssuche, Gesundheitsversorgung, bei Bildungsfragen für Kinder. 2009 wurde aus dem Asylbüro dann „Info Asyl“, das sich zum Ansprechpartner und Berater für Sozialpartner und -organisationen sowie für interkulturelle Fragen entwickelte. Dieser erfolgreich arbeitenden Stelle wuchsen in den folgenden Jahren auch Aufgaben aus dem Bereich der Begegnung mit Zuwanderern und der

³¹ Vgl. http://www.antoniadis.be/cms/?wpfb_dl=72

³² Vgl. „DG – Ostbelgien leben 2025. Band 3, Eupen 2011, 9.

³³ Vgl. <http://www.info-integration.be>



(Fort-)Bildung zu. Info-Asyl arbeitete in enger Kooperation dem Frauenerzählcafé in Eupen und Kelmis, gemeinsam mit dem „Haus der Begegnung“, „Miteinander Teilen“ und der „Frauenliga“. Zudem kooperierte es mit dem Erstempfang der Stadt Eupen, dem Sozial-Psychologischen Zentrum und der VHS im Rahmen eines gemeinsamen Europäischen Projektes.

„Info-Asyl“ verwandelte sich schließlich zum 1.1.2015 in „Info-Integration“. Beratung der Zugewanderten, Vernetzung der Zivilgesellschaft, der Behörden und der Sozialdienstleister³⁴, Förderung der Teilhabe gerade der Menschen mit Migrationshintergrund, Organisation von Weiterbildungen, Mitarbeit in einschlägigen Arbeitsgruppen zählen zu den Aufgaben dieser Arbeitsstelle. Da das Rote Kreuz auch das Asylbewerberheim Bellevue betreibt, besteht hier also eine Bündelung an Kompetenzen, die durch eine intensive Netzwerkarbeit verstärkt wird. Sie lässt beispielhaft daran ablesen, dass mit Nathalie Peters vom „Zentrum für Förderpädagogik“ eine der wichtigsten Sprachförderexpertinnen der DG als Integrations-Beraterin bei „Info Integration“ mitarbeitet. „Dass „Info-Integration“ auch die interkulturellen Veränderungen in der Bürgergesellschaft vor Augen hat, zeigt beispielsweise die ganztägige Fortbildung am 19.03.2016 im Triangel St. Vith zu „Fit fürs Interkulturelle Ehrenamt“.³⁵ Andere Fortbildungen richten sich an Unternehmen, Anwälte, Sozialarbeiter etc. „Info Integration“ darf also als ein wichtiges Kompetenzzentrum auf dem Gebiet von Zuwanderung und interkulturellen Fragen in der DG angesehen werden.

³⁴ Vgl. <http://www.info-integration.be/vademecum>

³⁵ Vgl. <http://www.info-integration.be/agenda>



5.) **Kommunale Integrationspolitik – das Beispiel der Koordinierungsstelle für Integration der Stadt Eupen**

Wie der Beauftragte für Integration der Stadt Eupen, Achim Nahl, im Gespräch darlegte, gibt es seit 2006 vielfältige Bemühungen in der Hauptstadt der DG, um rassistischen Vorbehalten entgegenzutreten, interkulturelle Sensibilisierung in Stadt und Gesellschaft zu bewirken, Migranten und Flüchtlinge zu beraten und die auf diesem Themenfeld arbeitenden Organisationen zu vernetzen. Das Thema hat kommunalpolitische Bedeutung gewonnen, es wurden Anhörungen im Stadtrat durchgeführt. 2007 beauftragte die Mehrheitsfraktion Herrn Nahl, eine entsprechende Arbeitsgruppe zu übernehmen. Daraus erwuchs ein Konzept für den Erstempfang der Migranten. Es wurden Ansprechpartner in der Stadtverwaltung festgelegt, Kooperationen mit „Info Asyl“ (heute „Info Integration“), mit dem Sozialpsychiatrischen Zentrum, der DG und anderen Partnern begonnen und 2009 eine von der EU projektfINANZIerte Stelle für den Erstempfang eingerichtet. Die Stadt Eupen entwickelte ein ganzes Bündel an Maßnahmen und Beratungsangeboten: Informationsbroschüren, Filme, Schulungen zu interkulturellen Konfliktmanagern nach französischem Vorbild, Patenschafts-Projekte etc.

Positiv bewertete Herr Nahl, dass in den vier von Migration am stärksten betroffenen Nordgemeinden der DG eine Vernetzungsarbeit bei Coaching und Fortbildung von Ehrenamtlichen im Bereich Flüchtlings- und Migrantenbetreuung beginnt. Ob man mit leichter Hand die Erfahrungen und die Expertise aus Eupen auf andere DG-Kommunen übertragen könne, bezweifelte Herr Nahl. Bei diesem Thema müsste der Wunsch nach derartigen Maßnahmen aus den Kommunen erwachsen, man könnte das Thema nicht von oben oktroyieren.

Herr Nahl beklagte, dass die EU-Förderung mittlerweile ausgelaufen sei und es noch keine Lösung für eine Weiterfinanzierung der vollen Stelle oder gar weiterer Stellen (für eine DG-weite Integrationsagentur hielt er fünf Vollzeitstellen für notwendig) gäbe. Er forderte die Regierung auf, hier aktiv zu werden.



Am 25. Juni 2014 äußerte sich der Stadtrat von Eupen auch zum RESI-Papier. Der Stadtrat begrüßt die Vorschläge, hielt eine vertiefte Integrationspolitik für notwendig, ebenso die finanzielle Absicherung bestehender Initiativen gerade in der Stadt Eupen und warb für eine klarere Ausformulierung der normativen Vision einer Integrationsgesellschaft und für eine Sensibilisierung der Aufnahmegesellschaft. Fragen der Interkulturalität wurden ansonsten in der Stellungnahme des Stadtrats nur am Rande erwähnt – und wenn, dann in dem Sinne, dass den Zuwanderern die Kultur und Verfassung Belgiens, besonders die Trennung von Staat und Kirche, die Schulpflicht und die Gleichstellung der Geschlechter vermittelt werden müsse und „der Erhalt der eigenen Kultur der Aufnahmegesellschaft bei der Integration anderer Kulturen gleichwertig gepflegt wird.“³⁶

Die „Koordinierungsstelle für Integration“ der Stadt Eupen legte im Oktober 2015 die bereits 3. Auflage einer Handreichung vor, die den Titel trägt: „Migration in Eupen/Belgien: Fakten und Zahlen. Ein Leitfaden zu Information und Verständnis“.³⁷ Dieses Heft informiert über die gesetzlichen Regelungen in Belgien zu den wichtigsten gesetzlichen Regelungen im Bereich Asyl, Staatsangehörigkeitsrecht, Integration, sozialen Hilfsleistungen. Es ist auch eine „Argumentationshilfe“ gegen verbreitete Vorurteile, denen mit nüchternen Daten und Fakten begegnet wird. Deutlich wird aus dieser Handreichung auch, wie viele staatliche, kommunale und soziale Einrichtungen bereits mit Fragen der Ausländerintegration und der Interkulturalität betraut sind. Es erscheint sinnvoll, diese sachliche Informationsschrift nicht nur in Eupen, sondern in allen Kommunen der DG anzubieten.

Gleichwohl gibt es auch in Eupen noch ungelöste Probleme, wie etwa die Bestattung der Muslime auf dem städtischen Friedhof. Die Regeln der DG und der islamischen Religion passen aktuell nicht, hinzu kommen eingespielte Verfahren

³⁶ Vgl. „Das Neueste aus dem Eupener Stadtrat. Stadtratsbeschlüsse vom 25. Juni 2014“, Punkt 5.

³⁷ Vgl. Koordinationsstelle für Integration der Stadt Eupen (Hg.), „Migration in Eupen/Belgien: Fakten und Zahlen. Ein Leitfaden zu Information und Verständnis“, 3. Auflage, Eupen 2015.



der Friedhofsverwaltung. Bei diesem Thema besteht also akuter Regelungsbedarf, um eine gute, zukunftssträchtige und einvernehmliche Lösung herzustellen.

6.) Konzept zur Sprachförderung

Das Zentrum für Förderpädagogik unter der Federführung von Nathalie Peters legte bereits 2013 ein von der Regierung angefordertes „Konzept zur Förderung der Integration und Sprachkompetenz von Schülern mit Migrationshintergrund in den Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft“³⁸ vor und warb darin für eine Verstärkung der interkulturellen Pädagogik, konzentrierte sich aber auf Interkulturalität im Kontext der Sprachvermittlung. Die Zahlen derjenigen Kinder und Jugendlichen mit vor allem osteuropäischen Migrationshintergrund, die Probleme mit der deutschen Sprache haben, ist frappierend, ebenso der Zeitraum von rund zweieinhalb Jahren, in dem dieses Defizit durch intensive Beschulung behoben werden kann.³⁹ Dass der Sprachvermittlung im Integrationsprozess eine zentrale Bedeutung zukommt, kann ebenso wenig in Frage gestellt werden wie die Tatsache, dass der Deutsch-Sprachunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationsgeschichte eine große interkulturelle Chance darstellt, „Land und Leute“ der Aufnahmegesellschaft besser verstehen zu lernen. Nur über den Weg von Integration durch Sprache erwerben Kinder und Jugendliche die Fähigkeiten, ihren schulischen Bildungsweg in der Schule erfolgreich zu bestreiten und so „eine umfassende Teilhabe am Leben in der Gesellschaft“ zu erlangen.⁴⁰

Trotz mancher Defizite wird die soziale Integration der Schüler mit Migrationsgeschichte insgesamt als positiv bewertet. Das Papier fordert jedoch, die Fortbildung im Bereich „Sprachförderung und interkulturelle Pädagogik“ zu verstärken.⁴¹ Unklar bleibt in diesem Papier, ob es sich auf alle drei Gattungen des Schulwesens in der DG bezieht, also auch die katholischen Schulen dezidiert

³⁸ Vgl. Zentrum für Förderpädagogik (Hg.), „Migration in Eupen/Belgien: Fakten und Zahlen. Ein Leitfaden zu Information und Verständnis“, Eupen 2013.

³⁹ Ebd., 4f.

⁴⁰ Ebd., 2.

⁴¹ Ebd., 5 und 8 sowie 9.



einbezieht, bei denen der interkulturelle und der interreligiöse Dialog bisher anscheinend noch keine große Rolle spielte. Das Konzept erwähnt auch den Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen und seine organisatorischen Schwierigkeiten. Die Autoren des Konzepts empfehlen den Religionsunterricht nicht mehr konfessionell zu fassen, sondern eher einen vergleichenden Religionskundeunterricht anzubieten, „der alle Weltreligionen vermittelt, Religiosität als solche behandelt, die geschichtliche Entwicklung von Religionen betrachtet und somit vor allem Wissen vermittelt und gegenseitiges Verständnis für die eigene und andere Religion.“⁴² Zudem wird die Schaffung eines „Dienstes für interkulturelle Schulbelange“ gefordert. Wir gehen vertieft auf das Konzept im 2. Teil unserer Ausführungen ein.

7.) **Bildungs- und Fortbildungsangebote der Autonomen Hochschule**

In der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Kindergärtnerinnen und Kindergärtner an der Autonomen Hochschule in der DG ist die Interkulturelle Pädagogik ein wichtiger, verpflichtender Bestandteil des Curriculums im Bereich „berufliches Grundwissen“.⁴³ Das Modul wird im dritten Studienjahr für Kindergärtner und Primarschullehrer angeboten⁴⁴. Zudem bietet die Autonome Hochschule Weiterbildung für bereits examinierte Lehrer zum Thema an, wie etwa das Modul „Fit für Vielfalt. Training in interkultureller Kompetenz“. Zudem finden sich interkulturelle bzw. interreligiöse Angebote im Bereich der Religionslehrerausbildung. Die Seminare der Hochschule werden nach einigen Jahren überarbeitet, um sich der jeweils neuen interkulturellen Situation

⁴² Ebd., 11.

⁴³ Vgl. Autonome Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Hg.), Weiterbildungen und Kursbeschreibungen. Studienjahr 2015-2016. Studienbereich Bildungswissenschaften. Religion und Interkulturalität, Eupen 2015.

⁴⁴ Als Zielsetzung des verpflichtenden Moduls „Interkulturelle Pädagogik“ wird genannt: Die eigene Biografie im Bezug auf kulturelle Identität und ihre Auswirkungen zu hinterfragen, ethnozentrisches Denken zu überwinden, Sensibilität für Andersartigkeit und kulturelle Vielfalt zu gewinnen, ein Bewusstsein für den dynamischen Charakter von Kultur und Identität zu entwickeln, historische Migrationskontexte in der DG zu analysieren und dem Bildungsauftrag der DG im Sinne einer Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt gerecht zu werden.



anzupassen. Die Experten der Hochschule bemängelten aber, dass oftmals die Teilnehmer für ein noch breiteres interkulturelles, interreligiöses oder konfessionell-religionsdidaktisches Kursprogramm fehlten. Man bräuchte jeweils acht Interessierte (z.B. aus der orthodoxen, der evangelischen Kirche, dem Judentum oder dem Islam). Ergänzend versucht die Hochschule im Bereich der politischen Bildung sich verstärkt mit Angeboten zur anti-rassistischen Erziehung, zu Kampagnen gegen Hate Speech, zu Journalismus und Migration etc. zu profilieren.

8.) Religionsunterricht

Die Inspektoren der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften – vor allem aber der katholischen und der evangelischen Kirche – haben bereits im Kontext ihrer Religionsunterrichte interreligiöse Bausteine eingeführt. So fordert etwa die evangelische Religionsinspektorin Gabriela Radermacher-de Ridder in einem Papier mit dem Titel „Projekte zum interkulturellen und interreligiösen Dialog“, dass interkulturelles und interreligiöses Lernen im Kontext einer globalisierten Welt „zum festen Bestandteil schulischer Bildung“ gehören müsse. Deshalb gehörten „auch interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen zu den Bildungsansprüchen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens“.⁴⁵ Aufgrund ihrer Lage und ihrer Geschichte an den Schnittstellen unterschiedlicher europäischer Kulturtraditionen gäbe es einen „mentalitätsbedingten Untergrund“, der für interkulturelle Pädagogik fruchtbar gemacht werden solle.⁴⁶ Frau Radermacher-de Ridder schlägt deshalb den Ankauf entsprechender fachdidaktischer Materialien (etwa interkulturelle Koffer) vor und die Initiierung einschlägiger Projekte im Fachunterricht oder auch fächerübergreifend. Frau Radermacher-de Ridder wirbt dafür, dass für das interreligiöse Lernen zunächst das „Was“ und dann das „Wie“ geklärt werden solle. Sie bedauerte, dass

⁴⁵ Vgl. Gabriela Radermacher-de Ridder, „Projekte zum interkulturellen und interreligiösen Dialog“, unveröffentlichtes Konzeptpapier, Eupen 2016.

⁴⁶ Ebd., 1.



Unterrichtsmaterialien, die bereits seit zehn Jahren in Deutschland vorlägen, in der DG noch nicht ausreichend aufgenommen worden seien.

Die Direktorin des Robert-Schumann-Instituts, Brigitte Kocks, würdigte die Arbeit der Religionslehrer in ihrer Schule, die bereits selbständig das interreligiöse Lernen vorantreiben würden.

Jenseits dieses Impulses bieten die Kirchen – etwa das katholische Bistum Lüttich – schon seit längerer Zeit zahlreiche Fortbildungen im Bereich des interreligiösen Lernens an.

Die Vertreter des freien katholischen Schulwesens betonten, dass ihre Schülerschaft zwar wesentlich homogener als an staatlichen Schulen sei und das konfessionelle wie pädagogische Konzept ihrer Schule klare Prioritäten setze. Für einen gelebten interreligiösen Dialog in der Schule gäbe deshalb wenig Raum. Anders verhalte es sich beim interkulturellen Dialog, der auch in einer katholischen Schule gepflegt werden solle. Hier müsste sich das katholische Schulwesen zukünftig breiter aufstellen, weil die Erziehung zu Toleranz, Akzeptanz und Integration auch zu katholischen Grundprinzipien gehöre.

Die evangelischen und katholischen Religionsinspektoren warben dafür, bei der weiteren Planungen des interkulturellen und interreligiösen Dialogs auch die offiziellen Inspektoren für den orthodoxen, jüdischen und islamischen Religionsunterricht einzubeziehen.

Die befragten Experten beklagten, dass es noch kein gemeinschaftliches Konzept zur interreligiösen Pädagogik gäbe. Der pädagogische Erfolg auf diesem Arbeitsfeld hänge aktuell vom Engagement einzelner Lehrer ab. Alle Experten wünschten sich hier einen bildungspolitischen Impuls und ein Konzept für die gesamte DG. Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation sei das Thema auch für die Schulen wichtiger denn je.



9.) **Interreligiöser Dialog zwischen den Glaubensgemeinschaften**

Die Religionsgemeinschaften in der DG, besonders in und um Eupen, veranstalteten am 17.01.2016 einen „Tag der Religionsstifter“ - bereits zum dritten Mal. Im Animationszentrum Ephata kamen ca. 80 Menschen zusammen. Der Abend verdeutlichte, dass die Religionsgemeinschaften in Eupen bereits eine fruchtbare Zusammenarbeit praktizieren. Dechant Schmitz von der katholischen Kirche, Pfarrer Tomczak von der evangelischen Kirche und Imam Zafarullah von der Ahmadiyya-Gemeinde als Gastgeber und Ideengeber dieses Events betonten in die konstruktive Kooperation zwischen den drei Gemeinden. Nicht anwesend war an diesem Abend die sunnitische VoE ACESE-Gemeinde, die sich nach unserem Eindruck ansonsten aktiv um die Integration in die Mehrheitsgesellschaft bemüht. Dennoch bieten sich mit dem „Tag der Religionsstifter“ gute Anknüpfungspunkte für das Anliegen der Regierung, den interreligiösen Dialog in der DG zu verstetigen und auszubauen. Dass es starke theologische Unterschiede und eine wechselseitige Antipathie zwischen dem klassischen, arabischen oder auch türkischen Sunnitentum und der pakistanischen, in den Augen der Sunniten heterodoxen, Ahmadiyya-Gemeinde gibt, muss für den Dialog beachtet werden. Es könnte Hindernisse geben, beide islamischen Gemeinschaften an einen Tisch zu bekommen. Auf dem Boden der demokratischen Verfassung Belgiens darf es aber von Seiten der Regierung wie der Mehrheitsgesellschaft keine Bevorzugung eines islamischen Partners geben.

3. **Zwischenbetrachtung**

Wie bereits angedeutet, ist die Dichte der in der DG mit Integration, Interkulturalität und Interreligiosität betrauten Organisationen und Personen bemerkenswert. Die DG dürfte also ausreichend eigene Kompetenz besitzen, um das Thema substantiell voranzutreiben. Das schließt punktuellen Rat von außen nicht aus.

Nach unserer Betrachtung der unterschiedlichen Konzepte und Maßnahmen braucht es vor allem den politischen Willen, Interkulturalität und Integration bewusst zusammen zu sehen, dabei auch interreligiöse Fragen zu integrieren. Zudem sollten Ministerpräsident und



Bildungsminister sowie der Sozialminister mit seiner AG Integration sich öffentlich und politisch zur Förderung eines interkulturellen Dialogs in der DG bekennen.

Sodann sollten bereits existierende Konzepte zur Integration, zur Sprachförderung und zur interkulturellen Pädagogik aufgegriffen, mit Ressourcen hinterlegt und umgesetzt werden. Wenn in bestimmten Bereichen noch keine angemessenen Konzepte vorhanden sind, sollten sie entwickelt werden – etwa für einen interkulturellen Dialog auf kommunaler Ebene oder auch DG-weit, für den interreligiösen Dialog in den Schulen, für eine Vertiefung des Kontakts zwischen den Glaubensgemeinschaften oder auch hinsichtlich der interkulturellen Sensibilisierung der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes.

Eine Verdichtung der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Organisationen auf diesem Arbeitsgebiet sollte gefördert werden, etwa durch die Gründung eines „Rates für Integration und Interkulturellen Dialog der DG“ als Ansprechpartner der RG wie der Zivilgesellschaft und als Netzwerk aller an diesen Fragen interessierter Organisationen. Besonders die Migrantenverbände sollten zur Mitarbeit aufgerufen werden. Es bedarf ohne Zweifel auch einer professionell arbeitenden Weiterbildungseinrichtung, die den erkennbaren Bedarf an interkultureller Fortbildung abdeckt und weiterführende Konzepte entwickelt. Diese Einrichtung ließe sich möglicherweise mit der Gründung einer Integrationsagentur verbinden. Für das Arbeitsgebiet des Ministerpräsidenten bietet sich die Initiierung eines DG-weiten Dialog-Prozesses an, eine Vertiefung des Kontakts zu den Glaubensgemeinschaften sowie die interkulturelle Sensibilisierung des gesamten öffentlichen Dienstes. Für den Bildungsminister liegt die Förderung der interkulturellen Öffnung von Schule nahe, sei es durch Projekte, Preise, Projektwochen, Studientage oder durch die Unterstützung von Fortbildungen, besonders auch im Bereich der Sekundarschullehrer. Nimmt sich die DG gerade bildungspolitisch dieses Themas an, kann sie binnen weniger Jahre in der Großregion Saar-Lor-Lux oder der Euroregion Maas-Rhein auf diesem Themenfeld eine Führungsrolle übernehmen und auch aufgrund ihrer Geschichte sich als interkultureller Kompetenz-Knotenpunkt profilieren.



4. Empfehlung für die weiteren Arbeit der Regierung im interkulturellen und interreligiösen Dialog:

- 1.) Der Ministerpräsident und die Regierung der DG haben beschlossen, einen interkulturellen Dialog in der DG voranzutreiben und sollten diese Aufgabe mit Engagement weiterführen und umsetzen. Der interkulturelle Dialog ist in einer sich wandelnden Welt und aufgrund der aktuellen Flüchtlingskrise in Europa nötiger denn je. Es handelt sich um eine Zukunftsaufgabe aller europäischen Gesellschaften. Die DG ist aufgrund ihrer Historie und ihrer Lage ein interkultureller Knotenpunkt, hat also Voraussetzungen, die sich nun mit Blick auf Zuwanderer aus Osteuropa und Nahost weiterentwickeln lassen.
- 2.) Alle Maßnahmen im Bereich des interkulturellen und des interreligiösen Dialogs sollten inklusiver Bestandteil der Integrationspolitik der DG sein.
- 3.) Die Regierung sollte ab Sommer 2016 für mindestens ein Jahr einen interkulturellen Dialog-Prozess im Bereich der gesamten DG anstoßen, diesen gemeinschaftsweit auslegen und zugleich kommunal verankern.
- 4.) Die in der DG vorhandenen Ressourcen sollten wahrgenommen und gewürdigt werden. Die DG-Regierung sollten die Vernetzung und Austausch zwischen den Akteuren und ihr selbst stärken, um so Synergien zu nutzen.
- 5.) Die bewusste Betrachtung der vorhandenen Ressourcen schließt auch die bisher vernachlässigten Migrantenvereine ein, die ein Potential eigener Art darstellen. Zentral für jeden interkulturellen Dialog ist der Blickwechsel und der „Brückenbau“ zwischen Mehrheit und Minderheit in einer Gesellschaft. Die Migrantenvereine sind interkulturelle Brückenköpfe: Sie bewahren eigene Traditionen und sie lassen sich als rechtlich anerkannte Organisationen auf das neue Heimatland ein. Ihnen sollte deshalb mehr Aufmerksamkeit von Politik und Gesellschaft geschenkt werden. Betrachtet man diese Migrantenvereine integrativ, kann man auch die Gefahr der ethnisch-kulturellen Abschottung präventiv verhindern.
- 6.) Deshalb erscheint es notwendig, neben der regierungsseitigen Arbeitseinheit zum Interkulturellen Dialog auch ein zivilgesellschaftliches Netzwerk zum interkulturellen Dialog zu schaffen und es institutionell zu verankern. Für die institutionelle Verankerung bieten sich die Autonome Hochschule oder das Zentrum für Förderpädagogik an. Als Ausgangspunkt für eine Vernetzung der bereits aktiven Organisationen läge es nahe, den RESI zu einem „Rat für Integration und interkulturellen Dialog“ umzubauen, um den politischen Willen zur



Umsetzung des Themas klar zu machen. In diesem Netzwerk sollten aber nicht nur die belgischen Einrichtungen wie das Rote Kreuz, Info Integration, die Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtseinrichtungen mitarbeiten, sondern dezidiert auch die Migrantenvereine. Dieser neue Rat sollte von einem Vorstand geleitet werden, der paritätisch aus Belgien und Zuwanderern besteht. Es wäre ein geschicktes politisches Signal, wenn der oder die Vorsitzende des neuen Rates einen Migrationshintergrund hätte. Auf diese Weise würde auch die gesellschaftlich-gesellschaftspolitische Partizipation von Migranten gestärkt und zugleich in belgische Organisationszusammenhänge eingebunden.

7.) Blickt man auf die Fülle der am Bedarf der Migranten, aber auch der Mehrheitsgesellschaft ausgerichteten Vorschläge des RESI, wird der Sinn der konzeptionell, kommunikativ und vermittelnd tätigen Integrationsagentur deutlich. Bei genauerer Betrachtung der Kernkompetenzen der Integrationsagentur zeigt sich, dass sie in einem hohen Maße in der Konzeption und Umsetzung von interkulturellen Weiterbildungsmaßnahmen bestehen wird. Das legt den Schluss nahe, statt einer Integrationsagentur eher ein „Interkulturelles Kompetenzzentrum“ zu gründen. Uns erscheint die Autonome Hochschule aufgrund ihrer Bedeutung als akademischer Knotenpunkt in der DG, die Verbindung zu allen Bildungseinrichtungen, der durch die angebotenen Kurse nachgewiesenen Fachlichkeit und der wissenschaftlichen Vernetzung mit Universitäten in Belgien und Deutschland besser geeignet als das Zentrum für Förderpädagogik, was der alternative Standort wäre.

8.) Dieses Zentrum müsste Konzepte zu Integration, Interkulturalität und Interreligiosität für und in der DG entwickeln, aber vor allem maßgeschneiderte Weiterbildungen für den Bildungsbereich, den Gesundheitssektor, die Wirtschaft, die Verwaltung und auch für die Glaubensgemeinschaften anbieten. Die Ansiedlung an der Autonomen Hochschule würde deren bereits vorhandene Kompetenzen stärken und sie zu einem interkulturellen Kompetenz-Leuchtturm ausbauen, der nach kurzer Zeit mit hoher Wahrscheinlichkeit über die Grenzen der DG hinausleuchtet.

9.) Interkulturelle Sensibilisierung ist aber nicht allein eine Aufgabe für Bildungseinrichtungen und soziale Dienstleister. Interkulturelle Trainings sollten auch zeitnah und nachhaltig für die Behörden der DG eingeführt werden – von den Kommunen bis zum Ministerium der DG. Nur wenn auch der öffentliche Dienst signalisiert, dass er sich ändert,



gelingt eine breite interkulturelle Öffnung der Gesellschaft und eine Service- bzw. Willkommenskultur, die die DG für Zuwanderer attraktiv werden lässt. Besonders wichtig sind Fortbildungen im Bereich der Ausländerbehörden, der medizinischen Versorgung und der Bildungseinrichtung sowie der Polizei und Feuerwehr.

10.) Integration und interkulturelle Verständigung beginnen im nahen Umfeld – also in den Kommunen. Von positiven kommunalen Beispielen wie in Eupen sollten auch die anderen Städte und Gemeinden der DG lernen, angefangen von kommunalpolitischen Integrationsstrategien, einem öffentlichen Dialog über Fragen und Ängste bis zu Informationsschriften und Filmen.

11.) Information ist wichtig, um Vorurteile der Einheimischen abzubauen und Zuwanderern Sicherheit über ihre Rechten und Pflichten zu geben. Die Ausgestaltung kommunaler Konzepte sollte den Städten und Gemeinden überlassen werden. Bei Broschüren, Filmen und anderem Informationsmaterial könnte die DG-Regierung federführend tätig werden und einheitliche Angebote vorlegen oder fördern.

12.) Interkulturalität ist keine Einbahnstraße, deshalb braucht es den interkulturellen Dialog: die Mehrheitsgesellschaft hat oftmals Angst vor Übervölkerung oder islamistischem Terror, vor einer Bevorzugung der Neuen gegenüber dem Alten, vor finanziellen Belastungen und Veränderungen der Nachbarschaft. Manche Befürchtung mag berechtigt sein, andere sind nur Stereotype. Auch die Zuwanderer kommen mit Hoffnungen und Ängsten, wissen zum Teil wenig über die DG und Belgien, pflegen, auch um sich psychologisch zu stabilisieren, alte Traditionen fort. Auch in einer pluralistischen Gesellschaft braucht es – neben Verfassungen und Gesetzen – ausgesprochene und unausgesprochene Spielregeln, die man nur vereinbaren kann, wenn man miteinander und nicht übereinander redet. Deshalb sollte die DG-Regierung in Zusammenarbeit mit den Kommunen einen rund anderthalbjährigen interkulturellen Dialogprozess anstoßen, der eine Vielzahl von Themen aufnimmt und bündelt. Dieser Prozess sollte extern moderiert und evaluiert werden. Er könnte seinen Ausgangspunkt nehmen, indem sich aus den bereits genannten Fachexperten, Organisationen, Vertretern der Politik und der Kommunen, den Migrantenvereinigungen eine „Denkwerkstatt“ bildet, die binnen weniger Monate ein Papier vorlegt, wie der interkulturelle Dialog in der DG gelebt werden soll. Dieses Papier wird dann in offenen Werkstattgesprächen mit den



Mitgliedern der Denkwerkstatt und mit Mitgliedern der Regierung an zahlreichen Orten der DG vorgestellt. Flankiert wird dieser Dialogprozess durch Debatten im BRF, Fachveranstaltungen, kulturelle Events. Der Prozess endet mit einer großen Veranstaltung in Eupen.

13.) Dieser interkulturelle Dialog sollte auch einen interreligiösen Dialog umfassen, denn der Hauptstreitpunkt in allen Gesellschaften Mitteleuropas ist die Angst vor dem Islam und vor der Zuwanderung von Muslimen. Ob man religiös ist oder nicht – an der viel beschworenen „Renaissance der Religion“ kommt keine Gesellschaft mehr vorbei. Im Gesamtkonzept eines interkulturellen Dialogs könnte zum Beispiel eine „Woche des interreligiösen Dialogs“ einmal pro Jahr integriert werden, in der die Glaubensgemeinschaften ihre Türen öffnen, gemeinsame Veranstaltungen realisieren und die Schulen sich mit Projekttagen zum Thema beteiligen.

14.) In diesem Zusammenhang sollte die Regierung Überlegungen anstellen, ob erfolgreiche zivilgesellschaftliche interreligiöse Formate wie der „Tag der Religionsstifter“ durch punktuelle öffentliche Verstetigung und Unterstützung erfahren könnten. Es gilt herauszufinden, ob die handelnden Akteure eine derartige Unterstützung haben möchten und wo sie sie gebrauchen könnten.

15.) Es wäre zudem ein positives Signal, wenn die Regierung einmal oder zweimal jährlich die Vertreter aller Religionsgemeinschaften zu einem Gespräch einlädt, das aktuelle Themen lösungsorientiert behandelt. Aktuell scheint etwa die Überarbeitung der Friedhofsordnung geboten zu sein. Auch Möglichkeiten der islamischen Seelsorge in Krankenhäusern und Altenheimen sollten in einem solchen Kreis erörtert werden.

16.) Empfehlenswert erscheint es zudem, dass Vertreter der Regierung zum Fastenbrechen der Muslime gehen bzw. zu einem solchen Fastenbrechen einladen.

Das größte Potential eines erfolgreichen interkulturellen Fortschritts liegt im Bildungsbereich, zu dem wir uns unten ausführlicher äußern werden. An dieser Stelle sei nur bemerkt, dass wir dem Bildungsminister vorschlagen, für das kommende Schuljahr den interkulturellen Dialog als Leitmotiv auszurufen und mit entsprechenden Fortbildungen, Lehrmaterialien, Studientagen zu hinterlegen. Wir unterstützen den Vorschlag der evangelischen



Religionsunterrichtsinspektorin, Gabriela Radermacher- de Ridder, interkulturelle Materialien für den Unterricht in den Schulen oder auch für die Mediathek der Autonomen Hochschule in Eupen anzukaufen. Die Herbert Quandt-Stiftung wäre bereit, sich an den Kosten für die Anschaffung derartiger Materialien einmalig zu beteiligen.



2. Teil - Gedanken zur interkulturellen Schulentwicklung in der DG

1. Überleitung

Die größte Herausforderung und gleichzeitig größte Chance für die DG im Bereich interkulturelle Pädagogik liegt aus Sicht der Herbert Quandt-Stiftung darin, das vorliegende „Konzept zur Förderung der Integration und Sprachkompetenz von Schülern mit Migrationshintergrund in den Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ des Zentrums für Förderpädagogik mit dem Konzeptpapier des RESI, dem „Regionalen Entwicklungskonzept der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Band 4“ und den Ansätzen und bereits erfolgreich durchgeführten Initiativen der interkulturellen Dialoggruppe in Eupen um Achim Nahl zu verzahnen und von Seiten der DG-Regierung zu einem kohärenten Programm des interkulturellen Dialogs zu verdichten. Die bereits (unabhängig von der HQS) in der DG entwickelten Ideen zur interkulturellen Öffnung von Schule und Gesellschaft sind erfolgsversprechend, passgenau analysiert und formuliert, zum Teil bereits umgesetzt worden, so dass sie an einzelnen Punkten von den Empfehlungen der HQS nur noch ergänzt werden können.

Wichtig scheint uns, tragfähige Strukturen zu etablieren (interkulturelle Schaltstellen, Ansprechpartner, Finanzen etc.), Synergien zu nutzen, Projekte zu verknüpfen und Ressourcen zu mobilisieren, um das Programm des interkulturellen Dialogprozesses in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Erfolg zu führen. Eine zentrale Schaltstelle für interkulturelle Schulbelange zu etablieren, wäre sicherlich eine besonders hilfreiche Einrichtung, um den interkulturellen Öffnungsprozess der DG-Schulen zu steuern und zu begleiten.

2. Expertise der Herbert Quandt-Stiftung – Trialog-Schulenwettbewerb/Trialog-Akademie

Die Herbert Quandt-Stiftung (HQS) hat in den vergangenen zehn Jahren trialogische Projekte mit starkem Praxisbezug im Bildungsbereich initiiert und begleitet. Mit dem „Trialog der



Kulturen“-Schulenwettbewerb hat sie Lehrer und Schüler aller Schultypen eingeladen, sowohl eigenständige und kreative Beiträge zur Wissensvermittlung über die drei Kulturen zu entwickeln als auch Wege zu einer vertieften Reflexion über das Verhältnis von Religion und Staat zu finden. Mit der „Dialog-Akademie“ bietet die HQS Lehrern die Möglichkeit, sich zu interkulturellem und interreligiösem Lernen fortzubilden. Ziel ist es, dass Schüler bei der schulischen Projektarbeit Verständnis für die Glaubensüberzeugung ihrer Klassenkameraden entwickeln, dass Lehrkräfte für die Vielfalt in ihren Klassen sensibilisiert werden und Handlungssicherheit im Umgang mit religiös aufgeladenen Konflikten in der Schule gewinnen. Die Projekte vermitteln ein vertieftes Wissen über die unterschiedlichen Kulturen und schaffen Verständnis füreinander.

Auf den folgenden Seiten wird in einem ersten Schritt eine Bestandsanalyse des Bildungsbereichs der Deutschsprachigen Gemeinschaft aus Sicht der Herbert Quandt-Stiftung gegeben. In einem zweiten Schritt werden Empfehlungen für die interkulturelle Öffnung der Schulen in der DG formuliert. Diese Empfehlungen werden schließlich anhand eines Meilensteinplans in sechs Stufen und durch entsprechend flankierende operative Maßnahmen konkretisiert. Eine Sammlung von hilfreichen Links, Kontakten zu Organisationen und Trainern sowie weiterführenden Informationen zum Thema Interkulturalität befindet sich im Anhang.

3. Bestandsaufnahme zum Bildungsbereich der DG

In zwei langen Gesprächsrunden am 12.1.2016 und 15.2.2016 traf die Herbert Quandt-Stiftung mit zahlreichen Experten aus der DG in den Bereichen kommunale Schulaufsicht, Glaubensgemeinschaften, Schule, Ministerium der DG und Autonome Hochschule zusammen, um über Themen und Herausforderungen im Bereich Interkulturalität und Interreligiosität zu sprechen.

Die Schulschöffen der DG-Gemeinden betonten, dass bereits die Planung des von den einzelnen Konfessionen angebotenen Religionsunterrichts sie vor große organisatorische Herausforderungen stelle: Neue Projekte wie ein islamischer Religionsunterricht oder interreligiöse Angebote würden eine Mehrbelastung bedeuten. Es gäbe aber bei zahlreichen



Schülern (je nach Gemeinde und Schulform) ein reges Interesse an islamischem Religionsunterricht, dafür würde jedoch das pädagogische Personal fehlen. An manchen Schulen hingegen würde der Religionsunterricht (etwa der für Protestanten) als Einzelunterricht erfolgen, da zu wenige Schüler der gleichen Konfession vorhanden wären. Von einigen Schulschöffen wurde darauf hingewiesen, dass vermehrt Schwierigkeiten bei der Kommunikation zwischen Lehrern und muslimischen Vätern existierten. Zudem würden feste Ansprechpartner bei den muslimischen Gemeinden fehlen.

Im Bereich Lehreraus- und -weiterbildung gibt es bereits einige Angebote zur interkulturellen Qualifizierung. So seien interkulturelle schulinterne Lehrertrainings bereits etabliert, Lehrer würden zu interkulturellen Konfliktmanagern ausgebildet. Nathalie Peters vom Zentrum für Förderpädagogik berichtete, dass das von ihr initiierte Programm „Fit für Vielfalt“ noch nicht die Resonanz hervorrufe, die sie sich wünschte. Aufgrund des großen Andrangs von Flüchtlingen suchen die Schulen aktuell vor allem Lehrer für Deutsch als Zweitsprache oder Deutsch als Fremdsprache. Überhaupt findet die DG nicht genügend Lehrer, vor allem im Sekundarbereich. Der akute Personalmangel in der DG könne, so die Experten der Autonomen Hochschule, nur durch Anwerbung von externen Kräften oder durch die Umschulung von Quereinsteigern bewältigt werden. Bemängelt wurde, dass im Sekundarschulbereich die interkulturelle Weiterbildung – anders als im Kindergarten und Primarschulbereich – nicht verpflichtend sei. Die Experten wünschten sich hier politische Veränderungen, da der Bedarf an interkultureller und an Sprachförderkompetenz auch in der weiterführenden Schule groß sei. Die bisherige Erfahrung zeige, dass Fachlehrer nur selten freiwillig interkulturelle Fortbildungen besuchten, da diese keinen direkten Ertrag für ihre „klassischen Fächern“ brächten und den generalistischen Blick auf Schulentwicklungspotentiale ausklammerten. Einen wachsenden interkulturellen und interreligiösen Kompetenzbedarf sahen die Experten der Autonomen Hochschule zudem im Gesundheitsbereich, da sich mitunter die Vorstellungen der Zuwanderer vom mitteleuropäischen Verständnis von Körper, Gesundheit, Medizin unterschieden.

Die Autonome Hochschule (AHS) bemüht sich im Bereich der Sprachförderung um Kontakte zur Stiftung Mercator in Essen, zur Universität Bonn, zu den RAA (Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie) und zu anderen Fachstellen in NRW.



Es wurde der Wunsch artikuliert, möglichst schnell und niedrigschwellig mit einer interkulturellen/interreligiösen Initiative oder einem Projekt in den Schulen zu starten, um dann durch Good-Practice-Beispiele weitere Schulen zu begeistern und so immer größere Wirkungskreise zu ziehen. Im Gespräch wurde auch auf die wichtige Rolle der Eltern in der „Dreiecksbeziehung“ Lehrer – Schüler – Eltern hingewiesen. Hier wäre denkbar, Sensibilisierungsangebote auch für Eltern zu etablieren.

Im bereits erwähnten „Konzept zur Förderung der Integration und Sprachkompetenz von Schülern mit Migrationshintergrund in den Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft“,⁴⁷ das 2013 vom Zentrum für Förderpädagogik (ZFP) erstellt wurde, wird präzise beschrieben, welche Empfehlungen und operativen Maßnahmen im Bildungssektor noch hilfreich wären, um eine interkulturelle Öffnung von Schule anzustoßen. Das ZFP wurde seiner Zeit vom Bildungsminister beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, um eine bessere und gezielte Integration der Schüler mit Migrationshintergrund in den Primar- und Sekundarschulen der DG zu erreichen.

Im Sprach- und Integrations-Konzept des ZFP wird ein Drei-Stufen-Plan vorgestellt – mit den Stufen: „Basis“/„Empfohlen“/„Optional“. Der Fokus der ersten beiden Stufen liegt dabei explizit auf der Sprachförderung der Kinder und Jugendlichen, Aufbau eines entsprechenden Pools an Lehrmaterialien und eines fachspezifischen Online-Portals, der Lehrerqualifizierung im Bereich Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und der damit verbundenen Bereitstellung von zeitlichen und finanziellen Ressourcen für die Schulen. Auffallend ist der große Bedarf aller befragten Lehrer und Schulleiter an interkulturellen Fortbildungen, der auch in den Sondierungsgesprächen mit der Herbert Quandt-Stiftung von den Bildungsexperten deutlich artikuliert wurde.

Die Herbert Quandt-Stiftung teilt die wesentlichen Einsichten des Papiers des ZFP, würde diese aber um den interkulturellen und interreligiösen Dialog ergänzen.

Die dritte Stufe des Konzepts sieht optional das Angebot von Sprach- und Integrations-Projekten in der Schule vor, die ebenfalls mit einem entsprechenden Budget ausgestattet werden sollten. Hier würde die Herbert Quandt-Stiftung eine andere Akzentsetzung empfehlen – etwas weg von der Sprachförderung und hin zum interkulturellen bzw.

⁴⁷ Vgl. Zentrum für Förderpädagogik (Hg.), „Migration in Eupen/Belgien: Fakten und Zahlen. Ein Leitfaden zu Information und Verständnis“, Eupen 2013.



interreligiösen Dialog. Gerade innerschulische Projekte eignen sich aus Erfahrung der Herbert Quandt-Stiftung optimal, um interkulturelle Öffnungsprozesse in Schulen umzusetzen und gerade auch interreligiöse Themen zu bearbeiten.

Insgesamt zeigt das Konzept inhaltlich und strukturell sehr wertvolle, eng am Bedarf der Schulen entwickelte Ansatzpunkte auf, die es sich lohnt zu konkretisieren. Dabei werden unterschiedliche Ebenen bedacht und miteinander verzahnt, so z.B. die Einrichtung eines Dienstes für interkulturelle Schulbelange, die Etablierung eines Online-Portals für Unterrichtsmaterial, der Ausbau von Fortbildungen für Lehrer in Kooperation mit der AHS, der Einsatz eines Dolmetscherdienstes an den Schulen, die Intensivierung der Elternarbeit und eine umfassendere Beratung für Schüler, Eltern und Lehrer.

Hier werden die drei Bereiche Organisationsentwicklung, Unterrichtsentwicklung und Personalentwicklung, die auch aus Sicht der HQS dringend ganzheitlich in den Blick genommen werden sollten, zusammengedacht und konkrete Lösungsansätze beschrieben. Um eine interkulturelle und interreligiöse Öffnung von Schule zu erreichen, sollten Maßnahmen für alle drei Bereiche erarbeitet werden, um eine breite und nachhaltige Wirkung zu erzielen. Eine übergeordnete Instanz, eine Schaltstelle für interkulturelle Schulentwicklung in ähnlicher Form wie der genannte Dienst für interkulturelle Schulbelange, könnte diesen Prozess steuern und Anlaufstelle für alle Fragen und Angebote rund um das Thema interkulturelle Schulentwicklung sein.

Auf der operativen Ebene bietet sich das für alle DG-Schulen verbindliche leitbildartige „Schulprojekt“ als Instrument für den interkulturellen Öffnungsprozess an. Es sollte für die weiteren Überlegungen intensiver in den Blick genommen werden. Bei dieser Leitbild-Entwicklung könnte die interkulturelle Öffnung von Schule ein wesentliches Ziel sein. Daraus ließen sich dann Projekte und Maßnahmen für die jeweilige Schule ableiten. Die Besonderheit des belgischen Schulsystems, die Aufteilung in drei unterschiedliche Formen des Unterrichtswesens, sollte diesbezüglich keine Rolle spielen. Vielmehr gilt grundsätzlich, dass bei allen operativen Maßnahmen und Schulentwicklungsprozessen immer die individuelle Ausgangslage und Bedarfssituation der einzelnen Schulen im Zentrum stehen sollte.

Im Bereich Personalentwicklung können die Angebote der DG noch ausgebaut werden. Sowohl das Modul „Interkulturelle und interreligiöse Kompetenz“ an der Hochschule als auch



die Fortbildung „Fit für Vielfalt“, die man zu einer Fortbildungsreihe ausbauen sollte, könnten durch Referenten und Themen der Trialog-Akademie der HQS oder weitere Trainer ergänzt werden. So würde man sowohl die Lehrerausbildung als auch die Lehrerfortbildung mit interkulturellen Schwerpunkten aufwerten. Die Herbert Quandt-Stiftung kann bei Bedarf Kontakte zu Referenten, Trainern, Coaches, Fortbildungseinrichtungen, Beratungsstellen und Vereinen vermitteln (siehe Verweise im Anhang).

Auch zu verschiedenen Schulprojekten kann die Herbert Quandt-Stiftung Best-Practice-Beispiele aufzeigen, die in erster Linie dem Bereich Unterrichtsentwicklung und in zweiter Instanz auch dem Thema Organisationsentwicklung zuzuordnen sind. Sie kann auch den Kontakt zu den entsprechenden „Storytellern“ der Alumni-Schulen herstellen. Die ehemaligen Teilnehmer des „Trialog der Kulturen“-Schulwettbewerbs sind Experten bei der Frage, welche Projekte in Schulen besonders erfolgreich sind und welche Fallstricke es dabei zu beachten gilt. Die Schulleiter und Lehrer der Trialog-Schulen könnten als Berichterstatter zu Fortbildungstagen oder direkt in die Schulen der DG eingeladen werden, um aus ihren Erfahrungen zu berichten. Denkbar wäre auch, ein Patenprojekt zu etablieren, bei dem eine ehemalige Trialog-Schule eine Schule der DG bei ihrer interkulturellen Öffnung begleitet und berät.

Alle Trialog-Projekte der letzten zehn Jahre finden sich ab April 2016 auf der Schullandkarte der HQS-Homepage. Zudem kann die Stiftung inhaltliche und didaktische Impulse für die schulische Projektarbeit, die Gestaltung des Unterrichts und die Durchführung von Exkursionen geben (siehe Materialfundus im Anhang).

An dieser Stelle sei angemerkt, dass alles, was für den *Mikrokosmos Schule* gilt, natürlich auch für den *Makrokosmos Bildungsbereich* von Bedeutung ist. Auch auf der *Metaebene* sollten im Bildungswesen die Aufgabenfelder Organisations-, Personal- und Unterrichtsentwicklung interkulturell überarbeitet und optimiert werden.

Deshalb empfiehlt die Herbert Quandt-Stiftung hier gleichermaßen eine Qualifizierung verantwortlicher Personen aus Verwaltung, Politik und Hochschule (Personalentwicklung), eine Ergänzung der Curricula und Fortbildungsangebote an der AHS durch interkulturelle Themen (Unterrichtsentwicklung) und eine interkulturelle Öffnung der verantwortlichen



Institutionen wie schulische Behörden, Schulverwaltung, Bildungspolitik, Ausbildungseinrichtungen etc. (Organisationsentwicklung).

Im Regionalen Entwicklungskonzept werden in der Rubrik „Zukunftsprojekt Lehrer unterstützen“⁴⁸ die Handlungsfelder Personalentwicklung, Überprüfung der Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung aufgeführt. In diesem Zusammenhang wird über die Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs nachgedacht, auch um Interessierte von außerhalb für die DG zu gewinnen. Was in diesen Ausführungen noch fehlt, sind personalpolitische Diversity-Überlegungen, um perspektivisch Lehrpersonal mit interkulturellem Hintergrund bzw. Migrationsgeschichte gezielt einzustellen, um die zunehmende Heterogenität der Gesellschaft in Belgien und der DG abzubilden. Die DG könnte auf diesem Wege personelle Ressourcen in der Schule aufbauen, um für Schüler mit ähnlichen Lebensläufen Ansprechpartner zu haben und auf deren Sorgen, Nöte wie auch Potentiale gezielter eingehen zu können. Dies ist ein langer, aber durchaus realistischer Weg, den die Bildungspolitik in der DG zukunftsorientiert betreten sollte.

4. Empfehlungen für die Interkulturelle Öffnung von Schule

Um eine interkulturelle Öffnung der Schulen in der DG zu erreichen, bedarf es eines umfassenden Konzepts, das Maßnahmen für die Entwicklung des Personals, des Unterrichts und des Systems Schule vorsieht. Zudem bietet sich für mögliche Projekte ein Meilenstein-Plan für das kommende und die darauf folgenden Schuljahre an. Bei der Entwicklung und Planung des Programms für das Schuljahr 2016/17 und die Zeit danach sollten von Beginn an alle verantwortlichen Personen und die Schulträger der drei Schulgattungen im Bildungsbereich intensiv eingebunden werden. Ein für alle Schulen verbindliches und Orientierung gebendes Vorgehen sichert die Nachhaltigkeit und Überprüfbarkeit, sollte gleichzeitig jedoch genug Freiraum für individuelle Besonderheiten der einzelnen Schulen lassen. So hat eine katholische (Mädchen-) Schule andere Herausforderungen zu meistern als eine Berufsschule mit überwiegend männlichen Schülern oder wiederum eine Primarschule

⁴⁸ Vgl. DG – Ostbelgien leben 2025 - Regionales Entwicklungskonzept Band 4, 179-185.



mit sehr jungen Schülern. Das „Schulprojekt“ als Leitbild könnte den Rahmen für die interkulturellen Öffnungsprozesse der einzelnen Schulen vorgeben.

Die Herbert Quandt-Stiftung empfiehlt die Durchführung einer Auftaktveranstaltung für alle Schulen in der DG, also alle Lehrpersonen, Schulleiter und pädagogischen Fachkräfte. Bei der eintägigen Tagung können verschiedene Formate zum Einsatz kommen, z.B. Start mit einem Impulsvortrag, anschließend eine Workshop-Phase (mit unterschiedlichen Schwerpunkten für unterschiedliche Zielgruppen), abschließend eine Ideenwerkstatt, um die Arbeitsergebnisse der Workshop-Gruppen zu präsentieren.

Der gemeinsame Einstieg ins Arbeiten und die konkrete Planung der angestrebten Meilensteine für die Projekte dienen als gemeinsamer Bezugspunkt. Der daraus resultierende Aktionsplan sichert die Verbindlichkeit. Die Tagung dient daneben auch der Wissensvermittlung, Sensibilisierung und Vernetzung der Akteure. Zudem ist sie als öffentlichkeitswirksame Veranstaltung auch unter strategisch-politischen Aspekten für die Regierung der DG anzuraten. Migrantenvereine, Jugendeinrichtungen, Moscheegemeinden etc. könnten in die Veranstaltung einbezogen werden und z.B. in Form von Infoständen Präsenz zeigen. Dadurch werden Kontakte zwischen Lehrern und Ansprechpartnern der Vereine hergestellt und ein interkulturelles Bildungsnetzwerk in der DG befördert. Dies ist gerade für die Arbeit mit Schülern und Eltern hilfreich, die eine enge Anbindung an die Migrantenvereine und religiösen Glaubensgemeinschaften haben. Bildungspolitisch zu entscheiden wäre, ob alle Schulen – entweder verordnet oder durch persönliche Ansprache überzeugt – sich mit der interkulturellen Schulöffnung und dem interkulturellen Dialog beschäftigen oder ob es nur diejenigen freiwillig tun, die es in ihrem Kontext für geboten halten. Wir gehen im Folgenden von der Beteiligung aller Schulen aus.

5. Vorschlag für einen Meilensteinplan und operative Maßnahmen für eine interkulturelle Öffnung der Schulen in der DG - Schuljahr 2016/17

Meilenstein 1: Der Bildungsminister erklärt das kommende Schuljahr offiziell zum Jahr des Interkulturellen Dialogs in der Schule; alle Schulen erklären verbindlich, sich im kommenden Schuljahr dieses Themas anzunehmen.



Meilenstein 2: Alle Schulen entwickeln (angelehnt an das verbindliche Schulprojekt) ein Konzept, mit welchen konkreten Maßnahmen (Exkursionen, Projekten, Initiativen, Fortbildungen) sie sich der interkulturellen Öffnung an ihrer Schule widmen werden.

Meilenstein 3: Alle Schulleiter, Lehrer und pädagogischen Fachkräfte nehmen an interkulturellen Fortbildungsangeboten teil, z.B. Pädagogische Tage, schulübergreifende Tagungen oder schulinterne Workshops. Diese Angebote werden von dem neu zu schaffenden „Interkulturellen Kompetenzzentrum“ bereitgestellt und koordiniert. Die Regierung unterstützt das Vorhaben mit finanziellen und zeitlichen Ressourcen.

Meilenstein 4: Alle Schulen nehmen mit Projekten an einer interkulturellen DG-Schulprojektwoche teil, z.B. in Verbindung mit einem Wettbewerb (hier bietet sich eventuell der bereits bestehende „Fair Trade“-Wettbewerb an, da die Religionsgemeinschaften bei diesem Format bereits gut zusammengearbeitet haben).

Meilenstein 5: Vertreter aller Schulen (Schulleiter, Lehrer, Schüler, Eltern) treffen sich zu einem interkulturellen „Markt der Möglichkeiten“ in Eupen, um sich gegenseitig ihre Projekte, Ideen und Teil-Ergebnisse, die sie während des Schuljahres bearbeitet haben, vorzustellen.

Meilenstein 6: Die Ergebnisse, Erfahrungen, Berichte der Schulen werden ausgewertet, geprüft und daraus neue Ziele bzw. feste Strukturen für die folgenden Jahre entwickelt und vereinbart; das interkulturelle Kompetenzzentrum erarbeitet daraus gemeinsam mit der Regierung ein Programm.

Folgende **operative Maßnahmen** tragen aus Sicht der Herbert Quandt-Stiftung maßgeblich zur erfolgreichen interkulturellen Öffnung von Schule bei und sollten daher den Schulen in der DG während ihres Entwicklungsprozesses ermöglicht und angeboten werden:

- 1.) Prozessbegleitung:** Change-Prozesse (Prozess der interkulturellen Öffnung) bedürfen einer fachkundigen (externen) Beratung und Begleitung. Dazu zählen regelmäßige Reflexionseinheiten und Supervisionen mit den Beteiligten sowie ggf. Impulse von außen. Diese Aufgabe könnte das „Interkulturelle Kompetenzzentrum“ übernehmen oder vor dessen Etablierung auch ein externer Prozessbegleiter.



- 2.) **Fortbildungsangebote** für Lehrer und Schulleiter nach Möglichkeit in folgender Reihenfolge:
 - Grundlegende interkulturelle Qualifizierungsangebote und Persönlichkeitstrainings zu Themen wie Konfliktmanagement, Konfliktmoderation, Gesprächsführung und allgemeinenhaltungsfragen
 - Fortbildungen mit dem Schwerpunkt Wissen über Religionen und Kulturen
 - Fortbildungen mit dem Schwerpunkt Didaktik zu Religionen und Kulturen
- 3.) **Finanzielle und strukturelle Unterstützung der Schulen**, damit sie Ressourcen nutzen und in zielführende Projekte investieren können, z.B. Finanzierung von Dolmetscherdiensten und interkulturellen Mediatoren, Einsatz von Coaches und Prozessbegleitern, Mittel für Unterrichtsmaterialien, Projektwochen und Exkursionen, Schaffung von Stellen etc.
- 4.) **Einrichtung einer Mediathek für interkulturelles Schulmaterial**, bei der sich die Lehrer der DG Material ausleihen können, z.B. dialogische Koffer, religiöse Gegenstände, Filme etc. (Siehe auch den Materialfundus von Achim Nahl und Materialien der Herbert Quandt-Stiftung)
- 5.) **Interkulturelle Projektarbeit** (z.B. im Rahmen einer Projektwoche zum Thema „Interkulturelle Öffnung – wie wollen wir zusammen leben und lernen“) mit Schülern aller Altersstufen an den Schulen oder im Rahmen des Fair Trade-Schulen-Wettbewerbs zu einem interreligiösen Schwerpunkt durchführen und mit entsprechenden Fortbildungsangeboten für Lehrer ergänzen (z.B. Thema: Schöpfung; „Lernen im Dialog“ Band 4 als Unterrichtsmaterial).
- 6.) **Netzwerkaufbau und -pflege** zwischen Schulen und öffentlichen Institutionen, Religionsgemeinschaften, Vereinen, Verbänden etc. (Öffnung der Schule in die Gemeinde und somit die Lebenswelt der Schüler)
- 7.) **Elternarbeit fördern** durch Etablierung von Elterncafés, Besuchswochen in den Familien, Einbezug der Eltern in die interkulturelle Projektarbeit
- 8.) **Informations-/Fortbildungsangebote** für Schüler und Eltern
- 9.) **Schulpatenschaften**: DG-Schulen wird eine Patenschule aus dem Dialog-Alumnikreis als Beraterin zur Seite gestellt



- 10.) Coaching und Einzelberatung für Lehrer mit „interkultureller Funktion“** an der Schule und für Schulleiter
- 11.) Evaluation und Auswertung** der durchgeführten Personal-, Organisations- und Unterrichtsentwicklungsmaßnahmen, um durch eine „What Works-Analyse“ herauszufinden, welche hilfreich waren und weitergeführt/weiterentwickelt werden sollen

Aus Sicht der Herbert Quandt-Stiftung sollten schulinterne Lehrerfortbildungen für ganze Kollegien oder Kollegengruppen angeboten werden. Dabei sollten keinesfalls nur die Religions-, Moral- oder Geschichtslehrer im Mittelpunkt stehen, sondern alle Lehrer der unterschiedlichen Fachrichtungen. Religiös oder kulturell aufgeladene Konflikte können jeder Zeit unter den Schülern, zwischen Lehrern und Schülern, zwischen Lehrern und Eltern oder auf der inhaltlichen Ebene in jedem Unterricht auftreten. Daher sollten alle Lehrer die Chance bekommen, sich in interkulturellen und interreligiösen Fragen fortzubilden. Zudem bietet eine schulinterne Fortbildung in der Regel immer auch die Möglichkeit, im Kollegium gemeinsame Reflexionsprozesse anzustoßen und Teambuilding-Effekte zu unterstützen.



6. Leistungen der HQS im Überblick

- 1.) Die HQS stellt das Programm der Trialog-Akademie als Inspiration für Themen und Referenten zur weiteren Arbeit zur Verfügung.
- 2.) Die HQS stellt für die DG auf Anfrage Kontakte zu Referenten, Trainern und Coaches her (s. Anhang).
- 3.) Die HQS stellt auf Anfrage Kontakt zu anderen Fortbildungseinrichtungen und Stiftungen her.
- 4.) Die HQS stellt auf Anfrage Kontakt zu Best Practice-Storytellern in den Trialog-Schulen her und vermittelt bei Interesse „trialogische Schulpatenschaften“.
- 5.) Die HQS stellt ihre Materialien der DG zur Verfügung (s. Anhang).
- 6.) Die HQS vermittelt interkulturelle Projektideen der Trialog-Alumnischulen als Inspiration und Gelingens-Bedingungen für die schulische Projektarbeit (s. Anhang)
- 7.) Die HQS stellt in entsprechenden Gremien die in Zusammenarbeit mit dem Münsteraner Religionsdidaktiker Prof. Dr. Claus Peter Sajak entwickelten „Kompetenzstandards zum interreligiösem Lernen“ vor oder vermittelt auf Anfrage den Kontakt zu ihm.



ANHANG

Zu 2: Fortbildungen und Kontaktstellen zu Interkulturalität

1.) Die Daetz-Stiftung aus Sachsen bietet interkulturelle Lehrerfortbildungen an:

www.daetz-stiftung.org/front_content.php?idart=35

Einführung in das Thema „Interkulturelle Sensibilität und Kompetenz“ und Interkulturelles Lernen

- Didaktische Ansätze und Methoden und deren Umsetzung im Unterricht
- praktische Anregungen / Vorstellen von Methoden (z. B. interkulturelle Spiele, Rollenübungen, Fallbeispiele, Projektarbeit)
- Umsetzung der „Hausaufgabe“: Erarbeitung von eigenem Material zur Anwendung im Unterricht

2.) Interkulturelle Fortbildungen auf dem Deutschen Bildungsserver:

www.bildungsserver.de/Interkulturelle-Fort-und-Weiterbildungsanbieter-Lehrerinnen-3455.html

3.) Deutscher Verein zur Förderung der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung e.V. (DVLfB)

Interkultureller Arbeitskreis (INKA) der Bundesländer im DVLfB:
www.lehrerinnenfortbildung.de/cms/index.php/arbeitsgruppen/interkultureller-arbeitskreis

4.) Netzwerk Lehren und Lernen in heterogenen Gruppen (an Schulen):

www.netzwerk-heterogenitaet.de/

5.) Stiftung Weltethos für interkulturelle und interreligiöse Forschung, Bildung und Begegnung, Universität Tübingen:

www.weltethos.org/



6.) Dr. Buhmann-Stiftung für interreligiöse Verständigung:

www.buhmann-stiftung.de/

Zu 2: Coaches und Trainer für Personal- und Organisationsentwicklung

Alle folgenden Personen haben langjährige Erfahrungen in der Arbeit mit Schulleitern und Lehrkräften in den Themenbereichen Gesprächsführung, Konfliktmanagement und Konfliktmoderation, Prozessbegleitung/Change Management sowie Einzelcoaching:

- Heike Fischer: <http://www.contrain.com/deutsch/ueber-contrain/heike-fischer.html>
- Britta Bayer: <http://thewhitefloor.com/>
- Ulrike Reif: https://www.xing.com/profile/Ulrike_Reif
- Heike Tiersch: <http://www.heiketiersch.de/lia.html>
- Svenja Neuhaus: <http://www.synergio.de/>

Zu 4: Best Practice-Beispiele und Storyteller aus dem „Trialog der Kulturen“-Schulwettbewerb (in Auswahl)

- **Gesamtschule Nohfelden-Türkismühle (Saarland):** Trialogische Wandertage, Ausstellung „Jüdisches Leben in der Region“, Themenkoffer „Meine Welt – Deine Welt“
- **Vinzenz-von-Paul-Gymnasium Niederprüm (Rheinland-Pfalz):** Theaterprojekt „Nathan der Weise“, curriculare Verankerung des Projekts in den Fächern Deutsch und Religion
- **Technisch-Gewerbliches Berufsbildungszentrum Saarbrücken (Saarland):** Erstellung einer Broschüre mit interkulturellen/ interreligiösen Tipps für das Berufsleben aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmersicht
- **Carl-Benz-Schule Koblenz (Rheinland-Pfalz):** Raum der Stille; Bauzeichner machen Raumplanung, Tischler entwerfen Möbel, IT-Klasse erstellt Homepage, Augenoptiker gestalten Wände



- **Erich Kästner Schule (Hamburg):** Übersetzung aller zentralen Schuldokumente (Schilder, Wegweiser, Schul- und Hausordnung, Einladungen etc.) in mehrere Sprachen, Dolmetscher bei Elternabenden und Elternsprechtagen, nach Einschulung der neuen Schüler Hausbesuche aller Familien + regelmäßiger Kontakt zu Eltern
- **Gymnasium/ Stadtteilschule Finkenwerder (Hamburg):** Stadtteilstiftung mit interreligiösen Räumen und Dialogen, die in den Stadtteil wirken, Stolperstein-Initiative
- **Grundschule Borchshöhe (Bremen):** Theaterprojekt „Stadt der Schatten“ mit allen Klassenstufen (Themenfindung, Texterstellung, Kulissenbau, Maskenbildnerei etc.)

Zu 5: Materialfundus der Herbert Quandt-Stiftung

- **Publikationen** der HQS, die der Regierung der DG größtenteils vorliegen:
 - Clauß-Peter Sajak (Hg.), Trialogisch Lernen. interkulturelle und interreligiöse Projektarbeit, Seelze 2010. → mit Projektbeispielen
 - Schulbuchreihe Clauß-Peter Sajak (Hg.), „Lernen im Trialog“ 1-4, Paderborn 2012ff → mit Unterrichtseinheiten und Projektbeispielen
 - Band 1: Gotteshäuser. Entdecken – Deuten – Gestalten, 2012
 - Band 2: Feste feiern. Jahreszeiten – Mahlzeiten – Lebenszeiten, 2013
 - Band 3: Heilige Schriften. Texte – Themen – Traditionen, 2015
 - Band 4: Schöpfung. Wissen – Kompetenzen – Haltungen, 2015
 - Clauß-Peter Sajak/Ann-Kathrin Muth, Standards für das trialogische Lernen, Bad Homburg 2011.
 - Bernadette Schwarz-Boenneke (Hg.), Ankommen in einer Gesellschaft der Vielfalt. Eine Querschnittsaufgabe für Bildung, Kultur und Integration, Freiburg 2014.
 - Bernadette Schwarz-Boenneke (Hg.), Bildung für Vielfalt. Umgang mit Differenzen lernen - Potenziale nutzen, Freiburg 2015.
- **Kinderfunkkolleg** (Kooperation mit dem Hessischen Rundfunk) → mit zahlreichen pädagogischen Beispielen zum Weiterarbeiten; siehe auch HQS-Homepage, *eine Überführung auf Server der AHS wäre zu prüfen*



- **Schullandkarte** mit Übersicht und Kontakt zu allen Trialog-Schulen inkl. Projektbeschreibung (ab April 2016 verfügbar), *eine Überführung auf Server der AHS wäre zu prüfen*
- **Dokumentvorlagen des Schulwettbewerbs** (Exposé, Zwischenbericht, Abschlussbericht, Flyer + Ausschreibungstexte) und der pädagogische Kriterienkatalog können zur Verfügung gestellt werden
- **Literaturempfehlungen** für die schulische Praxis

Zu 6: Gelingens-Bedingungen für interkulturelle und interreligiöse Schulprojekte

Die folgenden Gelingens-Bedingungen hat die Herbert Quandt-Stiftung aus den Erkenntnissen und Erfahrungen ihrer langjährigen Projektarbeit mit den Schulen entwickelt:

- 1.) Begegnungen schaffen** – Initiieren Sie Gelegenheiten, um Vertreter von anderen Religionsgemeinschaften und Kulturen kennenzulernen und sich mit ihnen zu Ihrem Projektthema auszutauschen. Ziel: „Reden mit - statt reden über!“
- 2.) Pädagogischer Roter Faden** – Entwickeln Sie gemeinsam mit Ihrem Team ein Projektmotto und bleiben Sie diesem treu. In allen (Teil-)Projekten sollte das kohärente Element erkennbar sein und sich zu einem stimmigen Ganzen zusammenfügen.
- 3.) Fächerübergreifende Projektarbeit** – Gestalten Sie die Projektarbeit so methodisch vielfältig und fächerübergreifend wie möglich. Schaffen Sie „Räume“ für den Austausch und einen „Trialog der Kulturen“.
- 4.) Ganze Schule mitnehmen** – Binden Sie die gesamte Schulgemeinschaft in das Projekt ein. Das bedeutet nicht, dass sich alle gleichermaßen engagieren müssen, sondern dass jeder, der möchte, sich eingeladen fühlt mitzumachen. Sorgen Sie dafür, dass sich Schulleitung, Kollegen, Eltern und Schüler gut informiert fühlen und sich immer wieder einbringen können.
- 5.) Öffnung nach außen** – Durch eine Öffnung nach außen, z.B. zu Institutionen im Umfeld der Schule, können Sie die Wahrnehmung Ihrer Schule in der Umgebung positiv beeinflussen. Finden Sie Kooperationspartner, die Sie inhaltlich und organisatorisch unterstützen. Bauen Sie ein tragfähiges Netzwerk für Ihre Schule auf.



- 6.) **Relevanz für Lebenswelt vermitteln** – Achten Sie bei der Gestaltung Ihrer Projekte darauf, dass Sie die Lebenswirklichkeit und den Wissensstand der Schülerinnen und Schüler im Blick haben. Holen Sie die Schüler da ab, wo sie sind.
- 7.) **Eigene Haltung hinterfragen** – Nutzen Sie die Chance, auch Ihre eigene ganz persönliche Haltung zu hinterfragen. Wenn Sie z.B. merken, dass Sie gegenüber Religion oder einer der Religionen voreingenommen sind, könnten Sie über eine Fortbildung oder externe Unterstützung nachdenken.
- 8.) **Projektmanagement** – Um Ihr Projekt erfolgreich durchzuführen, lohnt es sich, zu Beginn sorgfältig zu planen und das Projekt zu strukturieren. Verteilen Sie die Arbeit auf mehrere Schultern, planen Sie sich genug Konzeptions- und Reflexionsphasen ein.
- 9.) **Vorsicht Kulturalismusfalle** – Achten Sie bei Ihren Projekten auf eine klare Differenzierung zwischen Kultur und Religion. Versuchen Sie Projekte zu vermeiden, die folkloristische Elemente beinhalten (Tänze, Speisen, Musik). Generalisierungen (z.B. „die Türken“) fördern Stereotype und Vorurteile. Daher lohnt es sich, auf einen sensiblen Sprachgebrauch und Umgang mit allen Beteiligten zu achten.